



D Petzold Photography, Flickr

Wirtschaftswende

Mit einer sozial-ökologischen Transformation aus der Eurokrise
Hintergrundpapier zum Appell vom Mai 2013

2., aktualisierte Fassung, August 2013

Nina Treu, Christopher Laumanns, Lena Kirschenmann und Kai Kuhnhen

konzeptwerk 
neue ökonomie

Inhaltsverzeichnis

Enquete – und die Krise?	
Die Krise birgt die Chance einer Wirtschaftswende.	
Deutschland kann und muss sich bewegen.	3
1.1. Die Finanzmärkte sind instabil – wie vor der Krise.	4
1.2. Erster Schritt: Internationale Finanzmärkte regulieren.	6
2.1. Die Eurokrise wird missverstanden	7
2.2. Zweiter Schritt: Währungsunion umgestalten	11
3.1. Die ökologische Krise wird bei der Eurorettung vergessen.	12
3.2. Dritter Schritt: Ambitionierte Umweltpolitik für Deutschland und die EU	14
4.1. Die soziale Krise wird ignoriert.	16
4.2. Vierter Schritt: Arbeitszeit in Deutschland umverteilen.	18
5. Fünfter Schritt: Vermögen und Umweltverbrauch stärker besteuern, Arbeit entlasten	19
6.1. Die Demokratie wird geschwächt.	22
6.2. Sechster Schritt: Mehr Kooperation und Demokratie in Europa.	22
Abschlussbemerkung und Übersicht der Politikvorschläge	24
Belege und Ergänzungen	25
Literatur	30

Enquete – und die Krise?

Vor dem Hintergrund globaler Umweltprobleme, sozialer Ungleichheit und einer weltweiten Wirtschaftskrise hat in den letzten Jahren die gesellschaftliche Diskussion um andere Wirtschaftsweisen, neue Wohlstandsmodelle und eine Abkehr vom Ziel des Wachstums stark zugenommen.

Auf politischer Ebene wurde diese Diskussion mit der Einberufung der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ entgegen.¹ Die Kommission beschäftigte sich von Anfang 2011 bis zum Sommer 2013 mit dem Thema, verfasste einen fast 1000-seitigen Bericht und entwarf ein Indikatorenset zur Wohlstandsmessung. Sie hat es jedoch nicht geschafft, ihre generellen Überlegungen stark genug auf die jetzige politische Situation, insbesondere die Eurokrise, zu beziehen. Handlungsempfehlungen mit direktem Bezug zum aktuellen Entwicklungsstadium der Krise gibt es fast keine. Gleichzeitig ist die Situation dramatisch:

Die europäische Gemeinschaft befindet sich in der größten Krise ihrer bisherigen Geschichte. Ganze Volkswirtschaften geraten in ökonomische Turbulenzen mit hoher Arbeitslosigkeit, Unternehmenspleiten und zunehmenden Ungleichheiten. In Spanien und Griechenland ist jeder zweite Mensch unter 25 Jahren arbeitslos. Der europäische Zusammenhalt bröckelt. Über den aktuellen Sparkurs, der diese sozialen Tragödien bisher verstärkt hat, wird gestritten.

Die verschiedenen europäischen Regierungen haben unterschiedliche Vorstellungen, welche Instrumente zur Krisenbekämpfung zum Einsatz kommen sollen. Bezüglich des Ziels sind sie sich jedoch einig – es muss wieder hohes Wachstum generiert werden, um die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Doch die Ausrichtung der Wirtschaft auf Wachstum – anstatt auf soziale und ökologische Ziele – ist Teil der Politik, welche die Krise mitverursacht hat. Die Erkenntnis, dass wir es mit multiplen Krisen zu tun haben und Wachstum aufgrund mangelnder Entkopplung vom Naturverbrauch zur globalen Umweltkrise beiträgt, wurde zwar von der Enquetekommission anerkannt, bei der Lösung der Eurokrise aber vernachlässigt.

Mit unserem Appell und diesem Hintergrundpapier rufen wir daher zu einer *Wirtschaftswende* auf: zu einer grundlegenden Transformation der Art und Weise, wie und wofür wir wirtschaften. Damit möchten wir einen konstruktiven Beitrag für die Lösung nicht nur der wirtschaftlich-monetären, sondern auch der ökologischen, sozialen und demokratischen Krise in Europa leisten.

Die Krise birgt die Chance einer Wirtschaftswende.

Krisen bergen immer auch die Chance, grundlegende Veränderungen zu verwirklichen. Die Katastrophe von Fukushima hat in Deutschland parteiübergreifend zu einer Abkehr von der Atomenergie und einem Umlenken in der Energiepolitik geführt. Durch die *Energiewende* ist die Bundesrepublik mittlerweile internationales Vorbild bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, auch wenn die weiteren Klimaschutzaktivitäten und die deutsche Rolle auf europäischer Ebene noch sehr zu wünschen übrig lassen.

Auch die Finanz- und Eurokrise bietet eine große Chance. In der jetzigen Situation gelten alte Gewissheiten nicht mehr. Es gibt keine vermeintlichen Expert_innen, welche mit Sicherheit die richtigen Lösungen parat haben. Stattdessen bietet sich die Gelegenheit, grundsätzlich über unser Wirtschaften nachzudenken und tiefgreifende Veränderungen anzuregen. Analog zur Energiewende fordern wir daher eine *Wirtschaftswende*.

Deutschland kann und muss sich bewegen.

Deutschland ist in der Eurokrise in einer besonderen Lage: Durch die Exportüberschüsse in der Vergangenheit wurde ein (ungleich verteilter) Reichtum erwirtschaftet, der Handlungsspielräume eröffnet. Den hohen Exportüberschüssen Deutschlands stehen jedoch hohe Importüberschüsse in anderen Ländern gegenüber. Denn die Summe aller Außenhandelsbilanzen auf der Welt ist immer null. Es kann keine Volkswirtschaft geben, die ständig Exportgewinne einfährt, ohne dass auf der anderen Seite Schulden entstehen. Das Außenhandelsminus im Partnerland führt dort tendenziell zu verringerten Steuereinnahmen und zu steigenden Schulden. Wenn diese Situation sich

verstetigt, ist es dem Schuldner unmöglich, seine Schulden zurückzuzahlen – es kommt zur Schulden- und Forderungskrise. Als Gläubiger ist Deutschland somit mitverantwortlich für die Schuldenkrise. Gleichzeitig hat Deutschland durch seine starke Wettbewerbsfähigkeit eine große Handlungsfähigkeit und Verantwortung.

Anstatt sich einseitig für Sparmaßnahmen einzusetzen, sollte Deutschland einen zukunftsfähigen Weg aus der Krise suchen. Dabei geht es nicht darum, dass alle Länder immer wettbewerbsfähiger werden, sondern dass eine koordinierte Wirtschaftspolitik etabliert wird, die allen Ländern eine sozial-ökologische Transformation ermöglicht. Deutschland hat aufgrund seiner derzeit guten wirtschaftlichen Lage die Möglichkeit und Verantwortung, Schritte in eine solche Richtung zu einzuleiten.

Dabei möchten wir betonen, dass die tatsächlichen tragischen und existenzbedrohenden Krisen die ökologische, soziale und demokratische Krise sind. Diese werden durch die Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise verschärft und trotzdem im politischen Diskurs vernachlässigt. Um den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Krisen zu verdeutlichen, analysieren wir zunächst die Finanz- und Eurokrise, um ihre Auswirkungen auf die soziale, ökologische und demokratische Krise zeigen zu können.

1.1 Die Finanzmärkte sind instabil – wie vor der Krise.

Im Jahr 2008 platzte die Blase auf dem US-Immobilienmarkt, was zu einer globalen Finanzkrise führte. In der Folge retteten verschiedene Staaten zahlreiche Banken, es kam weltweit zu Rezessionen. Es folgten staatliche Anpassungsprogramme, um das „Vertrauen der Märkte“ zurückzugewinnen. In Europa entwickelte sich aus der Finanzkrise die Eurokrise: In der Finanzbranche wurde die Fähigkeit einiger Staaten in Europa angezweifelt, ihre Schulden bedienen zu können. Doch wie konnte es dazu kommen und was müsste sich ändern, damit es nicht wieder passiert?

Reisen wir zurück in die 1970er Jahre: Das System von Bretton-Woods ist gerade endgültig zusammengebrochen, wodurch die Kopplung der meis-

ten Währungen an den Dollar und damit an das Gold (Gold-US Dollar-Standard) beendet ist. Seitdem ist es möglich, die Geldmenge auszuweiten, ohne dass das durch die Kopplung an einen begrenzten Stoff eingeschränkt wird. In den Folgejahren verfolgen viele Regierungen eine Politik, die die Bedeutung der Finanzmärkte für die internationale Wirtschaft steigert:

- Die Ungleichverteilung von Vermögen wird u.a. durch die Senkung von Steuern auf Unternehmensgewinne, Vermögen und hohe Einkommen verstärkt. Durch die Konzentration von Vermögen werden diese zunehmend in die Finanzmärkte geleitet, da reiche Menschen einen größeren Teil ihres Einkommens und Vermögens sparen und investieren können als arme Menschen, die einen größeren Teil ihres Einkommens gleich für Konsum ausgeben müssen.
- Durch die Privatisierung öffentlicher Sicherungssysteme (Rente, Krankenversicherung, etc.) werden auch die Vermögen von Schlechterverdienenden verstärkt auf den Finanzmärkten angelegt.
- Eine Deregulierung der Banken und Börsen schafft neue Anlagemöglichkeiten durch neue Geschäftsmodelle und Finanzprodukte. Computer werden eingeführt und bringen gleichzeitig eine technische Beschleunigung. Beide Entwicklungen ermöglichen billigere, schnellere und komplexere Geschäfte. Durch aktive Einmischung in die Geschäftsleitung schaffen es neue Finanzakteure, höhere Renditeerwartungen in Unternehmen durchzusetzen.

Das globale Wirtschaftssystem nimmt durch diese Veränderungen einen neuen Charakter an. Während 1980 das globale Finanzvermögen noch in etwa dem Wert der weltweiten Produktion eines Jahres (Weltbruttosozialprodukt) entspricht, ist es 2006 etwa dreieinhalb Mal so hoch. Dieser Überschuss an Finanzvermögen will aber weiterhin gewinnbringend angelegt werden, was zur verstärkten Bildung von Blasen beiträgt.

Was ist eine Finanzblase?

Bei einer Blase entsteht eine erhöhte Nachfrage in einem Wirtschaftsbereich vor allem deshalb, weil darauf spekuliert wird, dass die Preise weiter steigen. Es wird gekauft, um wieder teurer zu verkaufen, nicht um das jeweilige Produkt zu nutzen oder in zusätzliche Produktion zu investieren. Da die Preissteigerung nicht ewig anhalten kann, platzt die Blase irgendwann – z.B. wenn die Finanzakteure das Vertrauen in weitere Preissteigerungen verlieren oder die Konsument_innen bei Zins- und Preissteigerungen nicht mehr mithalten können (so 2008 in den USA, als die Zinsen auf Hypotheken erhöht wurden und bestehende Kredite nicht zurückbezahlt werden bzw. sich weniger Menschen neue Häuser leisten konnten). Das heißt, dass die Nachfrage recht schnell in sich zusammenbricht und die zuvor noch sehr teuren Produkte ebenso schnell an Wert verlieren.

Kehren wir zurück ins Jahr 2008. Die Blase auf dem Häusermarkt der USA ist soeben geplatzt. Da die internationalen Finanzmärkte bereits sehr stark verflochten sind, gehen dabei viele Investitionen und Sparguthaben aus aller Welt verloren. Banken und andere Finanzinvestor_innen haben entweder direkt in den Häusermarkt der USA investiert oder Finanzprodukte gekauft, deren Sicherheit auf Krediten aus diesem Markt basierte. Die Verluste erreichen teilweise solche Höhen, dass die Existenz von Banken, Versicherungen und anderen Finanzmarktakteuren gefährdet ist. Diese sind aber zum Teil so mächtig, groß und ihre Geschäfte derart mit anderen Institutionen verbunden, dass sie selbst als „systemrelevant“ und ihre mögliche Pleite als zu schädlich für die gesamte Wirtschaft eingeschätzt wird. Die Folge ist, dass die Staaten sie mit viel Geld „retten“.² Diese Rettungspakete und die nachfolgende Rezession treiben die Staatsschulden in die Höhe.

Obwohl es viele Reformvorschläge gibt, haben sich die grundlegenden Probleme auf den Finanzmärkten seit dem Crash von 2008 nicht verändert.

- Die Ungleichverteilung von Vermögen hat sich in Deutschland beispielsweise weiter zugespitzt. Die reichsten 10% besitzen etwa

60% des Vermögens, während sich die ärmere Hälfte der Bevölkerung etwa 1% des Reichtums teilen muss. Auf diese Weise bleibt die Grundsituation bestehen, dass einige Wenige sehr große Reichtümer besitzen und versuchen, diesen gewinnbringend anzulegen. Der daraus entstehende spekulative Handel destabilisiert die Wirtschaft. Zudem ist es immer noch möglich, große Vermögen am Fiskus vorbei in Steuerparadiese zu leiten.³

- Internationale Unternehmen zahlen vergleichsweise geringe Steuern. Dadurch wird es für Staaten zunehmend schwierig, Einnahmen zu generieren und Einkommen und Vermögen umzuverteilen.
- Es gibt auch weiterhin „systemrelevante“ Banken, deren Pleite potentiell eine Kettenreaktion auslösen kann und die somit eine Rettung durch den Staat erzwingen können: Die Deutsche Bank hatte 2012 eine Bilanzsumme von 2.186 Mrd.€ – das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) war mit 3.401 Mrd.€ nur 1,5 mal so hoch.
- Die Finanzmärkte sind ebenso unübersichtlich wie vor der Finanzkrise, große Risiken können also nach wie vor versteckt werden.

Die Kernfunktion von Finanzmärkten ist die Unterstützung der Wirtschaft durch die Aufnahme von Sparguthaben und deren Bereitstellung als Liquidität.⁴ An diesem Ziel sollten sich erste Reformen des Finanzsektors orientieren. Wir schlagen hier nur erste, in der jetzigen Situation machbare Schritte vor. Langfristig muss das Finanzsystem stark umgebaut werden, um einer sozial-ökologischen Transformation zu dienen. Das heißt unter anderem, den anhaltenden Trend zu Deregulierung und Privatisierung umzukehren.

1.2 Erster Schritt: Internationale Finanzmärkte regulieren.

Finanz- und Bankensektor demokratisieren

- Die Aktivitäten von Banken müssen an sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtet und unter demokratische Kontrolle gebracht werden.⁵
- Das Lobbying der Finanzbranche muss eingedämmt werden. Das Beispiel der USA, deren anfangs mutige Regulierungspläne stark verwässert wurden sowie die drohende Abschwächung der Finanztransaktionssteuer in der EU zeigen⁶, dass eine ausreichende Finanzmarktregulierung schwierig ist, wenn der Einfluss von Lobbygruppen nicht gebremst wird. Das wäre möglich über eine Begrenzung ihres Zugangs zu politischen Entscheidungsträger_innen, dem Verbot von Unternehmensspenden an Parteien und Politiker_innen sowie mittelfristig über einer Reduzierung ihrer Mittel durch Finanzmarktreformen.⁷
- Die Finanzaufsichten (auf internationaler Ebene, in den USA und in der EU) müssen mit mehr Handlungskompetenzen, ausreichend Personal und höheren finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um die komplexen Finanzmärkte ernsthaft kontrollieren zu können. Über ihre Aufgaben sollte demokratisch entschieden werden und ihre Arbeit durch demokratisch gewählte Gremien (in der EU beispielsweise eine Kommission des Europäischen Parlaments) beaufsichtigt werden.⁸

Finanzmärkte regulieren

- Seit die Kapitalverkehrskontrollen von der EU in andere Länder 1994 aufgehoben wurden, können große Mengen an Geld aus der EU in Steuerparadiese gebracht werden. Vermögende können so Steuern leicht umgehen und leisten einen geringeren finanziellen Beitrag für die Gesellschaft. Doch auch eine Regulierung des Finanzsektors wird so erschwert: Denn Investor_innen können derzeit jede Reformbemühung mit einem schnellen Abzug ihres Geldes bestrafen. Kapitalverkehrskontrollen sind deshalb eine Grundvoraussetzung für eine Reform der Finanzmärkte, bis die internationalen Steueroasen ausgetrocknet sind.

- Die Komplexität und Anzahl der Finanzprodukte muss beschränkt werden. Einerseits ermöglichen sie die bewusste Verschleierung von Risiken, andererseits erschweren sie die demokratische Kontrolle der Finanzwirtschaft. Deswegen sollte hier über die Einführung einer Positivliste nachgedacht werden, in der sinnvolle Finanzprodukte zu finden sind, die auf den Finanzmärkten zugelassen werden.
- Die drohende Verwässerung der europäischen Finanztransaktionssteuer muss aufgehalten werden. Die Steuer kann Spekulationen eindämmen und die Finanzmärkte stabilisieren. Dafür muss sie jedoch in ihrer Gesamtheit von allen Instanzen angenommen und ihre Durchsetzung überwacht werden.

Bankensektor reformieren

- Eine Marktwirtschaft kann nicht funktionieren, wenn einzelne Banken so groß werden, dass ihr Versagen das ganze System gefährdet. Daher ist eine Größenbegrenzung für Banken sinnvoll. In welcher Höhe diese liegt, sollte demokratisch entschieden werden.⁹
- Geschäftsbanken sollten von Investmentbanken getrennt werden, um risikoarme von risikoreichen Geschäften zu trennen.
- Die Eigenkapitalquote von Banken muss drastisch erhöht werden und deren Bemessung auf Grundlage der gesamten Bilanzsumme erfolgen.¹⁰
- Kleine lokale Banken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollten stärker gefördert und ihre besondere Rolle bei den Bankenreformen berücksichtigt werden.¹¹

Es ist leicht, auf gierige Banker zu schimpfen. Doch auch im Finanzgewerbe stehen die meisten Menschen unter einem großen Leistungsdruck. Daher müssen die Rahmenbedingungen geändert werden, um eine stabile, faire und umweltgerechte Wirtschaft zu erreichen.

2.1 Die Eurokrise wird missverstanden

Aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ist die Schulden- und Forderungskrise des Euroraums, kurz Eurokrise genannt, hervorgegangen. Seit vier Jahren wird vergeblich versucht, dieser Krise beizukommen. Dabei werden die Gründe der Krise in der breiten Öffentlichkeit oft missverstanden bzw. fehlinterpretiert.

Prinzipiell ist die Eurokrise auf verschiedene Ursachen zurückzuführen.

1. Erstens schnellten die öffentlichen Schulden der Euroländer wegen der Bankenrettungen und krisenbedingter Rezessionen nach oben.
2. Gleichzeitig hat der Steuerwettbewerb dazu geführt, dass die Staaten nicht in der Lage sind, genügend Einnahmen zu generieren, um ihre Ausgaben zu decken.
3. Drittens sind Handelsungleichgewichte anzuführen: einige Länder – allen voran Deutschland – konnten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in der Eurozone ausbauen und dadurch mehr exportieren, während in anderen Ländern das Gegenteil passierte. Sie importierten mehr und verschuldeten sich somit. Die Länder mit andauernden Überschüssen in der Außenhandelsbilanz werden im folgenden „Überschussländer“, jene mit Defizit als „Defizitländer“ bezeichnet.
4. Viertens sind noch Eigenbeiträge zu nennen, für welche die jeweiligen Länder stärker selbst verantwortlich sind, so zum Beispiel Korruption,

kurzsichtige Förderung einzelner Wirtschaftsbereiche (was zum Teil die Entstehung von Blasen gefördert hat), laxer Steuervollzug oder zu hohe Militärausgaben. In der öffentlichen Debatte werden die systemischen Gründe vernachlässigt bzw. nicht anerkannt, die Eigenverantwortung der Defizitländer hingegen überbetont.¹²

Es ist traurig, wenn daraus ein Mangel an Verständnis und Empathie für die Defizitländer entsteht, es ist tragisch, wenn dann noch schlicht unpassende Lösungsvorschläge hinzukommen. Der Eurokrise ist nicht beizukommen, indem Griechenland seine Ausgaben kürzt (und seine Einnahmen erhöht, was jedoch meist unerwähnt bleibt), sondern nur, indem die europäische Währungsunion umgebaut wird.

Doch zunächst seien hier die einzelnen Fehlinterpretationen erklärt.

1. Bankenrettung und Schuldenstand

Die Bankenrettung hat zu einem Ansteigen der öffentlichen Schulden geführt. In Deutschland beispielsweise um 12,4 Prozent des BIP (Stand 2010).¹³ Das führt nicht automatisch zu einer Schuldenkrise, denn es gibt keine bestimmte Höhe – weder absolut noch relativ – ab der Staatsschulden ein Problem sind. Die entscheidende Frage ist das Vertrauen in die Rückzahlbarkeit der Schulden. Schätzen Geldgebende eine Kreditnehmer_in als kreditwürdig ein, so gewähren sie einen Kredit.

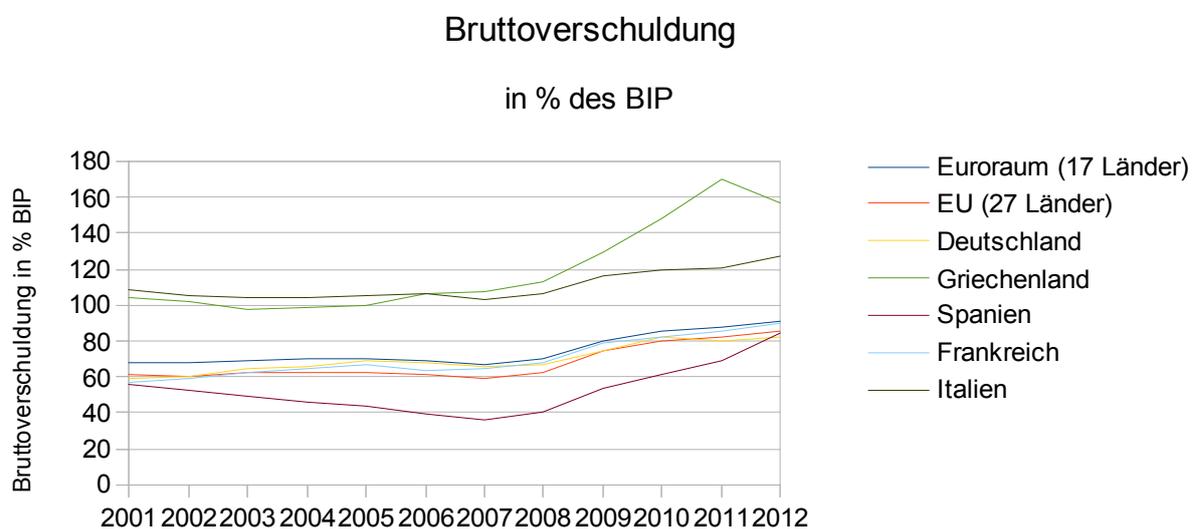


Abb. 1: Bruttoverschuldung des Staates in % des BIP von 2001 bis 2012; Quelle: Eurostat

Die Höhe des Preises für diesen Kredit, sprich der Zins, hängt von der Kreditwürdigkeit (Bonität) des Schuldners ab. Im Falle eines Staates spielen viele Faktoren eine Rolle, unter anderem die Wirtschaftsleistung (meist abgebildet im BIP), sowie die erwarteten Staatseinnahmen und -ausgaben.

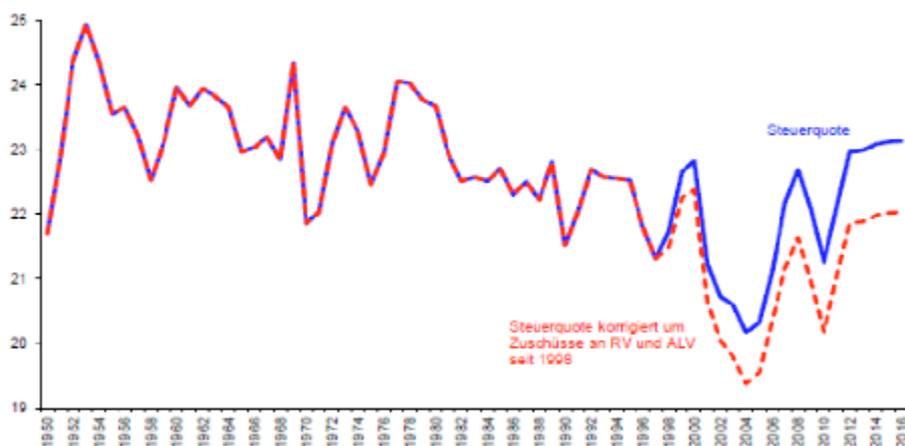
Alle Staaten der Erde sind verschuldet. Die Höhe schwankt zwischen 214,3% des BIP im Falle Japans und 3,6% in Oman. Der weltweite Schnitt liegt bei 64% des BIP. Das zeigt, dass die Höhe der Schulden allein wenig über die Kreditwürdigkeit oder Schuldentragfähigkeit eines Staates aussagt.¹⁴

2. Steuerwettbewerb

Finanzkräftige Akteure (transnationale Unternehmen, Finanzkapital, Vermögende) sind in der Lage, ihr Kapital dort anzulegen, wo es am meisten Gewinn für sie abwirft. Die Staaten haben ein großes Interesse an den Investitionen dieser Akteure und stehen daher darüber im Wettbewerb. Mittel dieses Wettbewerbs ist unter anderem die steuerliche Entlastung der finanzkräftigen Akteure. Dieser Steuerwettbewerb hat zur Folge, dass allen Staaten weniger Geld für ihre Aktivitäten zur Verfügung steht. Wir wollen dies am Beispiel Deutschlands verdeutlichen.

Die Bundesregierung hat 2013 Steuereinnahmen in Rekordhöhe verkündet. Das lässt vermuten, Deutschland hätte steigende Einnahmen, womit mehr staatliche Aktivitäten finanziert werden könnten. Doch der Schein trügt: das Steueraufkommen ist an die Wirtschaftsleistung gekoppelt – steigt diese, so steigen auch die Einnahmen durch Steuern. Vergessen wird dabei oft, dass auch alle Posten des Staates teurer werden und er daher für die gleiche Leistung mehr ausgeben muss. Im Gegensatz zum absoluten Wachstum der Steuereinnahmen ist die deutsche Steuerquote (das Verhältnis der Steuern zum BIP) seit den 1970er Jahren gesunken (s. Abb. 2). Das gilt insbesondere, wenn die Steuerbeiträge, die seit 1998 zur Stützung der Sozialversicherungen verwendet werden, von der Quote abgezogen werden.¹⁵ Den Staaten stehen somit nicht mehr Gelder zur Verfügung, sondern weniger. Noch dazu ist diese Steuerlast ungleicher verteilt.

Kassenmäßige Steuereinnahmen in Relation zum nominalen BIP
(Steuerquote) (von 1950–2016)



Quelle Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Abb. 2: Kassenmäßige Steuereinnahmen in Deutschland in Relation zum nominalen BIP; Quelle: Linke 2013

Insbesondere seit 1998 wurden direkte Steuern auf Kapital und Einkommen gesenkt, indirekte Steuern (allen voran die Mehrwertsteuer) aber erhöht:¹⁶

1. Aussetzung der Vermögensteuer 1997
2. Umbau der Körperschaftsteuer (seit 1999):
Steuersatz auf Gewinne von 45 bzw. 43% auf 15%
gesenkt; zahlreiche Steuerermäßigungen und
-befreiungen für Gewinne
3. Abschaffung der Gewerbesteuer 1997
4. Reduzierung der Kapitalertragsteuer: Die Besteuerung von Kapitalerträgen ist nicht Teil der regulären Einkommensteuer; durch einen einheitlichen Steuersatz von 25% der Abgeltungsteuer ist dieser faktisch ein Spitzensteuersatz
5. Senkung der Einkommensteuer: in mehreren Stufen wurde sowohl der Eingangssteuersatz von 25,9 auf 14% als auch der Spitzensteuersatz von 53 auf 42% gesenkt, außerdem Anhebung des Grundfreibetrags von 6.322 auf 8.130€.
6. Lücken bei der Erbschaftsteuer: zwar gibt es eine realitätsnahe Bewertung von Grund, Boden und Immobilien, jedoch höhere Freibeträge; außerdem die Schaffung von Möglichkeiten, Unternehmensvermögen von Erbschaft- und Schenkungsteuer zu befreien
7. Erhöhung der Mehrwertsteuer 2007 von 16% auf 19%

Wer profitiert davon und wer nicht?

1. Die Mehrwertsteuererhöhung belastet ärmere Haushalte stärker, da diese einen höheren Anteil ihres Einkommens konsumieren.
2. Durch die Senkung der Steuern auf Einkommen und Vermögen profitieren vor allem Haushalte mit hohem Einkommen.

Die Steuerlast auf Arbeit ist von 2000-2010 von 39,1 auf 37,4% gesunken, die auf Kapital aber gleichzeitig von 27 auf 20,7%

Die Steuerlast für Topverdiener_innen ist weniger stark gestiegen als ihr Gesamt-Einkommen.¹⁷ Spitzenverdiener_innen zahlen im Durchschnitt nur 23,8% Einkommensteuer. Wenn also argumentiert wird, dass die 20% Bestverdienendsten über 70% des Gesamtsteueraufkommens stemmen, verzerrt dies den relativ betrachtet geringeren Anteil.¹⁸

Zwischen 1998 und 2008 sind die Staatsausgaben in Deutschland jährlich inflationsbereinigt um 0,2% geschrumpft.¹⁹ Diesen sinkenden Ausgaben stehen gestiegene Staatsschulden durch die Bankenrettungsprogramme gegenüber. Um diese zu bedienen, müssen entweder mehr Einnahmen generiert werden – also mehr Steuern erhoben – oder weiter Ausgaben gekürzt werden. Bislang versuchen Deutschland, EU und Internationaler Währungsfonds (IWF) durch Sparprogramme die Ausgaben zu kürzen. Das trifft besonders die unteren Schichten, die stärker von staatlichen Transferleistungen abhängen und keine großen Rücklagen haben. Abbildung 3 zeigt, dass nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich, Griechenland, Italien und Spanien laufende Staatsdefizite²⁰ aufweisen.

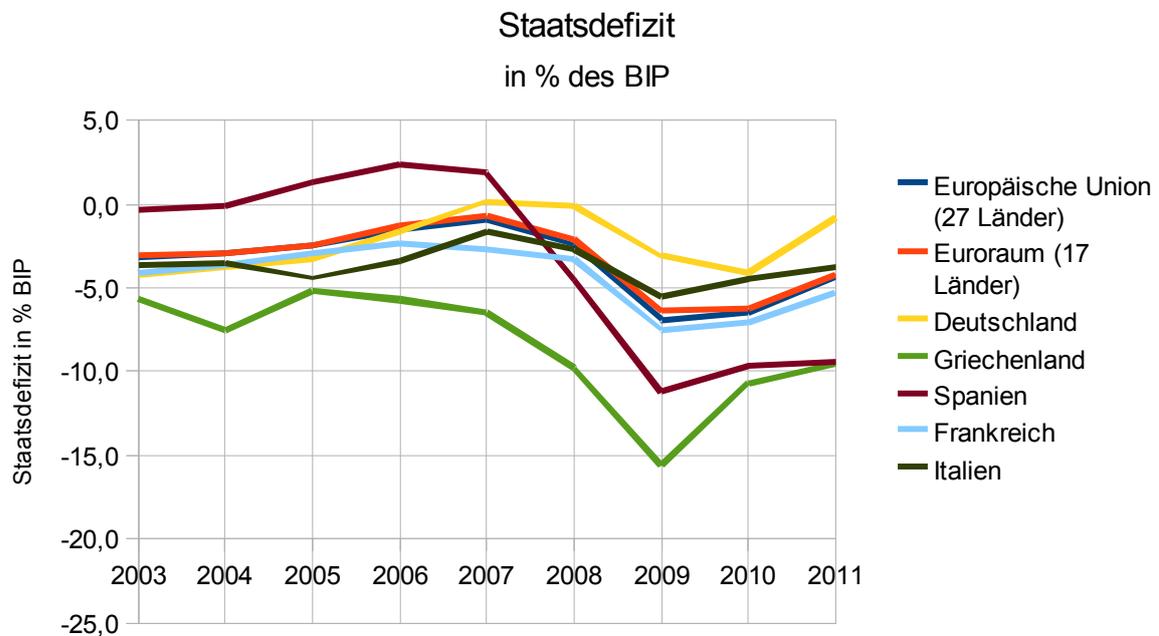


Abb. 3: Staatsdefizit ausgewählter Eurostaaten im Vergleich von 2003-2011; Quelle: Eurostat

3. Handelsungleichgewichte

Ein weiterer Grund für die Eurokrise sind die ungleichen Handelsbeziehungen. Wie auf Seite 3f erklärt, kann ein Handelssystem nur bestehen, wenn auf lange Frist alle Mitglieder in etwa gleich viel exportieren wie sie importieren, es also keine großen Handelsbilanzdefizite oder -überschüsse gibt. In der Europäischen Union ist das jedoch nicht gegeben, obwohl die Länder der EU im Schnitt fast zwei Drittel ihres Handels mit anderen EU-Ländern betreiben. Stattdessen sind sehr große Handelsungleichgewichte entstanden.²¹

Dies wird am Beispiel Deutschlands besonders deutlich. Das Land wickelt einen großen Teil seines Handels innerhalb Europas ab: Von Deutschlands Exporten ging 2010 ein Anteil von 57% in die EU und 37,5% in die Eurozone.²² Die Ausfuhr in die EU hat ein Volumen von 957,1 Mrd.€ jährlich und übersteigt damit erstens die eigenen Importe von 804,1 Mrd.€ und zweitens die Exporte der anderen Mitgliedstaaten bei weitem. Frankreich erzielte mit seinen Exporten in die EU 2010 nur 392,7 Mrd.€, Spanien 185,3 Mrd.€ und Griechenland schlichte 16,1 Mrd.€.²³ Während Deutschland von 2003 bis 2008 jährlich einen Leistungsbilanzüberschuss von 6% erwirtschaftete, so hatte Frankreich ein Leistungsbilanzdefizit von 2,5%, Spanien von 7.7% und Griechenland von 13,5%.²⁴

Trotz dieser Ungleichgewichte feiert Deutschland seit Jahren seinen Exportüberschuss als Erfolg und fordert die Defizitländer, seinem Beispiel zu folgen. Das widerspricht einer simplen Logik – nicht alle Staaten können das Exportmodell Deutschlands nachahmen, denn wer sollte die Produkte dann noch kaufen? Es widerspricht übrigens auch deutschem Recht: Das Stabilitätsgesetz von 1967 verpflichtet den Staat dazu, ein ausgeglichenes Verhältnis von Importen und Exporten anzustreben.

Dieses Ungleichgewicht ist auf eine stark export- und wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik Deutschlands und auf das Zusammenspiel von zwei Faktoren zurückzuführen. Erstens ist die Produktivität in Deutschland (und anderen Überschussländern) stärker gestiegen als die Löhne.²⁵ Insgesamt sind die Reallöhne in Deutschland (die Bruttolöhne nach Abzug der Preissteigerung) zwischen 2000 und 2012 durchschnittlich um rund 1,8% gesunken.²⁶ Damit hat Deutschland die schwächste Reallohn-Entwicklung in der EU. Im gleichen Zeitraum stiegen die Löhne in Griechenland um 39,6%, in Frankreich um 9,6% und in Spanien um 4,6%.²⁷ Da die Produktivität der Euroländer gestiegen war, wären Lohnerhöhungen in allen Ländern möglich und sinnvoll gewesen. Wegen der großen Produktivitätssteigerungen und

gleichzeitiger Lohnkürzungen in Deutschland wurden deutsche Produkte jedoch vergleichsweise billiger. Die Lohnstückkosten gingen in Deutschland zwischen 2004 und 2007 zurück, während sie sowohl in Spanien und Frankreich als auch im Durchschnitt der EU-27 stiegen.²⁸

Zweitens hat die Einheitswährung verhindert, dass Handelsungleichgewichte über Auf- und Abwertungen unterschiedlicher Währungen ausgeglichen wurden. Das hat Deutschlands Vorteile als Exportnation verstärkt, da seine Exporte so günstiger waren. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung würden sich die Vorteile Deutschlands aus der Einheitswährung von 2013 bis 2025 auf 1,2 Mrd.€ addieren.²⁹

Um Handelsungleichgewichte abzubauen, müssen also die Wettbewerbsfähigkeiten der Eurostaaten einander angeglichen werden, wofür die verschiedenen Ursachen angegangen werden müssen.

2.2 Zweiter Schritt: Währungsunion umgestalten

Der Euro bringt den Mitgliedsstaaten neben praktischen Vorteilen ein starkes gemeinschaftliches Element, das seinen Teil zur Bildung einer europäischen Identität beiträgt. Seine Abschaffung würde nicht nur hohe Kosten für viele Euroländer bringen, sondern wäre auch ein harter Schlag für die Idee einer europäischen Gemeinschaft. Deshalb sollte weiterhin versucht werden, den Euro zu retten und langfristig zu konsolidieren. Das darf jedoch nicht auf Kosten von Menschen und Umwelt geschehen. Vielmehr bietet die Rettung der Währungsunion die Chance auf ein gemeinschaftlicheres Europa:

- *Finanzmarktreform durchführen:* Voraussetzung für eine funktionierende Währungsunion ist, dass eine wie oben vorgeschlagene Finanzmarktreform durchgeführt wird.
- *Spardiktat beenden:* Derzeit wird die Vergabe von neuen Krediten unter Marktpreisen von der Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission dazu genutzt, die problematisch verschuldeten Staaten der Eurozone zu Sparmaßnahmen und Privatisierungen zu zwingen.

Warum verhindert der Euro den Ausgleich von Ungleichgewichten in den Handelsbilanzen?

Gäbe es noch verschiedene Währungen, so würden Export- bzw. Importüberschüsse über eine Auf- oder Abwertung der jeweiligen Währung teilweise ausgeglichen. Im Falle Deutschlands liefe das so: aufgrund des günstigeren Preises (und der dennoch erhaltenen Qualität) würden deutsche Produkte stärker nachgefragt. Um diese zu kaufen, müssten andere europäische Länder ihr Geld in deutsche Währung umtauschen. Die erhöhte Nachfrage nach deutscher Währung würde diese verteuern, was im Folgeschritt auch die deutschen Exporte verteuern würde. Das würde wiederum zu einer sinkenden Nachfrage nach diesen im In- und Ausland führen, daher zu weniger Exporten und damit geringeren Differenzen zwischen Exporten und Importen. Dieser Mechanismus ist durch die Einheitswährung Euro ausgesetzt. Sind deutsche Produkte im Vergleich zu denen der Handelspartner_innen günstig und werden diese in anderen Euroländern vermehrt gekauft, so erfolgt kein Ausgleich über den Wechselkurs. Somit ist der Euro für Produkte aus Deutschland unterbewertet, deutsche Produkte werden billig und dementsprechend massenhaft verkauft. Um sich die deutschen Produkte zu leisten, müssen die Akteure in anderen Länder Schulden aufnehmen – die sie wiederum nur abbezahlen können, wenn auch ihre Produkte in ausreichendem Maß abgenommen werden.

Dieses Spardiktat der Troika sollte einer ausgeglicheneren Strategie der sozial-ökologischen Binnenmarktförderung und der Stärkung der staatlichen Einnahmen weichen.

- *Steuern koordinieren und angleichen:* Zudem sollte die Steuerpolitik in Europa koordiniert und gemeinsame Steuern erhoben werden. Vorschläge hierzu könnten sein:

* Durchsetzung der oben erwähnten Finanztransaktionsteuer

* Einführung einer Vermögensteuer auf EU-Ebene und in allen EU-Staaten, die eine solche noch nicht haben

* Einführung einer Kapitalertragsteuer auf EU-Ebene, Erhöhung vorhandener nationaler Kapitalertragssteuern

* Einführung einer Mindest-Körperschaftsteuer

* Einführung einer Mindest-Ökosteuer

• **Löhne koordinieren und angleichen:** Über eine Koordination der Lohn- und Arbeitszeitpolitik und einer mittelfristigen Anpassung der verschiedenen Lohnniveaus (relativ zur Produktivität) können die Handelsbilanzen wieder angeglichen werden. Das kann über ein klares Bekenntnis der Politik, Absprachen der Tarifpartner und Instrumente wie Lohnindexierungen erfolgen.

* In Deutschland müssen die Löhne steigen, um den starken Produktivitätszuwachsen Rechnung zu tragen.

* In den Defizitländern sollten die Löhne gehalten statt gekürzt werden, um mittelfristig auf ein ähnliches Niveau wie die anderen Euroländer zu kommen.

* Langfristig muss sich die Erhöhung der europäischen Löhne in jedem Land an der gemeinsam angestrebten Inflationsrate orientieren.³⁰

• **Eurobonds einführen:** Die Ausgabe von gemeinsamen Staatsanleihen der Eurostaaten würde den unmittelbaren Druck auf die Krisenstaaten verringern und die Last der Staatsschulden gleichmäßiger zwischen den verschiedenen starken Volkswirtschaften der Eurozone verteilen. Da gemeinsame Staatsanleihen auch ein Einfallstor für verschwenderische Staatsausgaben und ein „weiter wie bisher“ in der wachstumsorientierten Fiskalpolitik sein können, müssen sie mit einer Demokratisierung der Eurozone einhergehen.

3.1 Die ökologische Krise wird bei der Eurorettung vergessen.

Klimawandel, Verlust von biologischer Vielfalt und die Übernutzung von Ressourcen nehmen von Jahr zu Jahr zu. All diese Phänomene stehen in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten. Prinzipiell gilt: Je mehr Wachstum, desto mehr Naturverbrauch. Bisherige Versuche einer Entkopplung dieser beiden Prozesse haben nicht ausgereicht, um die ökologischen Grenzen³² einzuhalten. Nach Rockström et al. (2009) sind mindestens drei globale ökologische Grenzen überschritten (siehe Tabelle 1). Auch Deutschland als „Vorreiter“ im Umweltschutz ist zum Teil weit von seinen eigenen Zielvorgaben entfernt (siehe Abb.4) und trägt erheblich zu globalen Umweltproblemen bei.^{32,33}

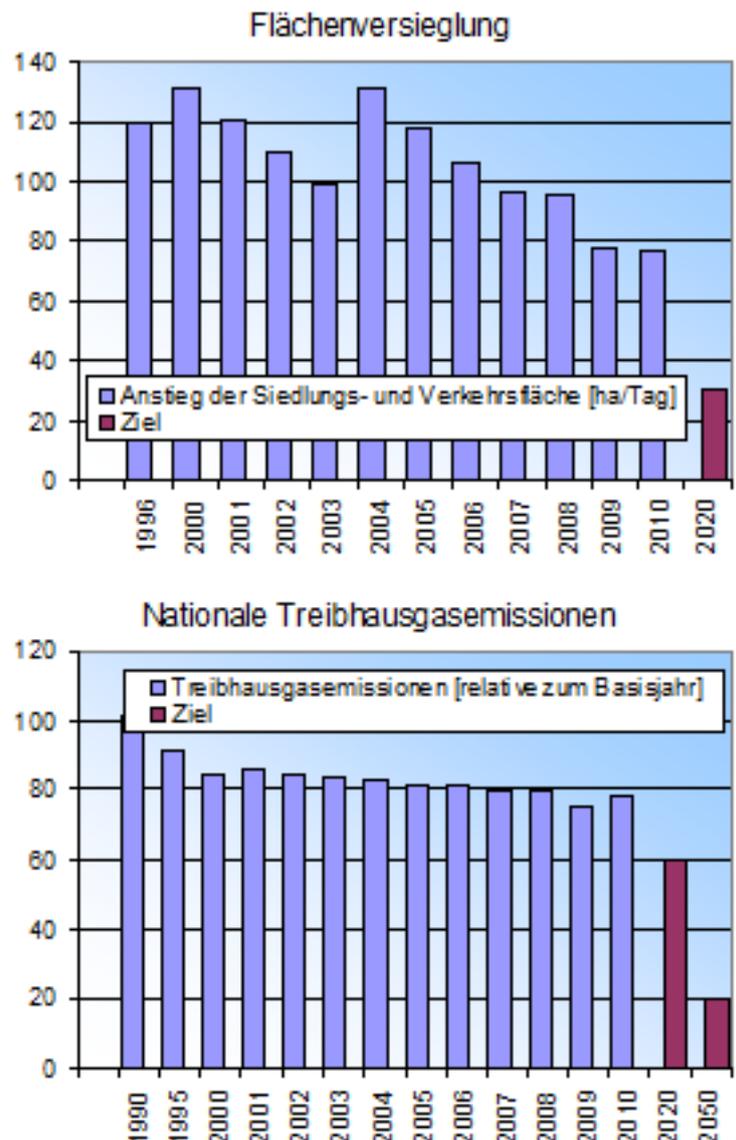


Abb. 4: Wichtige Umweltindikatoren für Deutschland inklusive nationaler Zielvorgaben; Quelle: Statistisches Bundesamt 2012

Erd-System-Prozesse	Parameter	Vorgeschlagene Ökologische Grenze	Derzeitiger Status	Vor-industrieller Wert
Klimawandel	atmosphärische CO ₂ -Konzentration (ppm, volumetrisch)	350	387	280
Rate des Verlustes an Artenvielfalt	Aussterbe-Rate (Anzahl der sterbenden Arten pro Mio. Arten)	10	>100	0,1-1
Stickstoff-Kreislauf (Teil einer ökologischen Grenze zusammen mit dem Phosphorzyklus)	Menge des Stickstoffs, der für den menschlichen Gebrauch der Atmosphäre entzogen wurde (Mio. t pro Jahr)	35	121	0

Tabelle 1: Auswahl überschrittener globaler Grenzen des Erd-Systems nach Rockström et al. (2009)

Daher ist klar: eine relative Entkopplung³⁴ reicht nicht aus, eine absolute Minderung des Umweltverbrauchs ist notwendig. Zu diesem Schluss kommt auch die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags: „Angesichts der globalen Überschreitung von mehreren kritischen Umweltraumgrenzen bedarf es in den kommenden Jahrzehnten absoluter Reduktionsprozesse in wichtigen Umweltdimensionen (zum Beispiel Treibhausgase, Erhaltung der biologischen Vielfalt) bei gleichzeitiger Vermeidung von Problemverschiebungen (das heißt der Entlastung einzelner Umweltdimensionen durch Belastung anderer Umweltdimensionen)“.³⁵

In der Eurokrise wird nun Wirtschaftswachstum trotzdem als einziger Ausweg postuliert. Ökologische Aspekte werden ausgeblendet. Dabei ist die EU schon heute eine der Regionen mit dem größten ökologischen Fußabdruck der Welt (4,7 gha/Person und Jahr). Noch größer ist er nur in Nordamerika (mit 7,1 gha/Person). Zum Vergleich: ein Zielwert von 1,8 gha/Person wäre nachhaltig.³⁶ Selbst wenn es gelingen sollte, die Eurokrise mit Wachstum in Europa zu überwinden, würde sich gleichzeitig die ökologische Krise verschärfen.

Die Gesellschaft muss daher jetzt auf nachhaltige Pfade gelenkt werden. Mehr Effizienz durch technische Lösungen, mit denen wir Produkte und Dienstleistungen umweltschonender bereitstellen können, wird hierfür nicht ausreichen. Neben sie muss die *Suffizienz* als weitere Strategie treten. Hierbei geht es darum, durch einen anderen

Lebenswandel die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen zu verringern.

Die Wichtigkeit der Suffizienz erkannten auch die Mitglieder der Projektgruppe 5 der Enquete-Kommission: „Suffizienz ist sicher nicht der einzige Weg, um zu einer nachhaltigen Welt zu kommen, aber der kulturelle Wandel hin zu mehr Mäßigung und zu einer gerechten Verteilung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine gerechte und friedliche Welt und für die Steigerung der Lebensqualität.“ Dabei ist Suffizienz nicht einseitig als Verzicht und Mäßigung zu verstehen, sondern auch als Recht auf weniger Stress, Arbeitsbelastung, soziale Ungleichheit und Umweltverschmutzung.

Jede und jeder kann versuchen, den eigenen Lebensstil umweltfreundlicher zu machen. Doch Suffizienz ist auch eine politische Frage: Es braucht dafür politische Instrumente, die umweltfreundliche Verhaltensänderungen ermöglichen, anregen und unterstützen.

Um der ökologischen Krise zu begegnen ist eine sozial-ökologische Steuerreform dringend notwendig. Diese Forderung ist gleichzeitig wichtig, um der sozialen Krise entgegenzuwirken und wird deshalb als fünfter Schritt an späterer Stelle diskutiert. Hier werden zunächst weitere wichtige ökologische Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene dargestellt.

Ökologischer Fußabdruck pro Kopf

im Vergleich zur globalen Biokapazität*

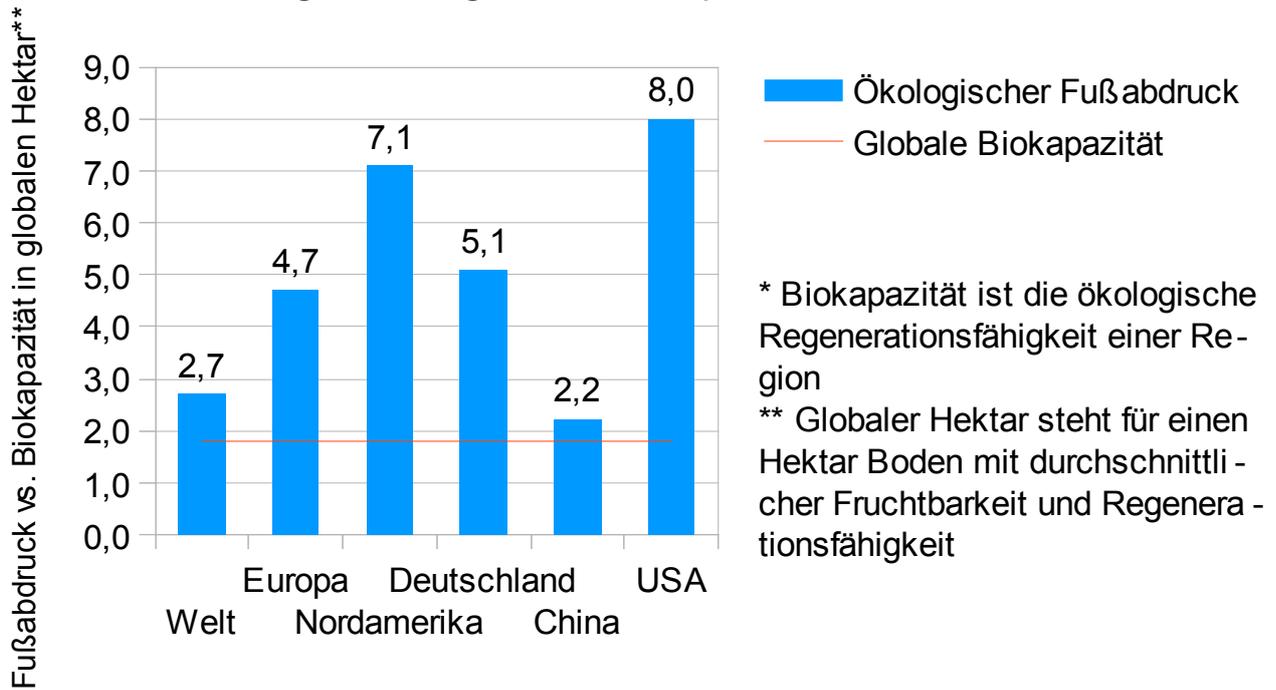


Abb. 5: Ökologischer Fußabdruck pro Kopf, Quelle: Global Footprint Network 2013; die Zahlen sind von 2007

3.2 Dritter Schritt: Ambitionierte Umweltpolitik für Deutschland und die EU

Der größte Teil europäischer Klimapolitik wird inzwischen auf der Ebene der EU gemacht, nicht mehr in den Nationalstaaten. Es ist daher wichtig, dass auf EU-Ebene eine ambitionierte Umweltpolitik durchgesetzt wird – sowohl von Vertreter_innen des EU-Parlaments als auch von den Nationalstaaten. Allerdings gibt die europäische Umweltpolitik in vielen Bereichen nur Ziele vor, die z.B. im Bereich der Energieeffizienz nicht einmal verbindlich sind. Damit bleiben den Nationalstaaten große Gestaltungsmöglichkeiten, die sie nutzen sollten, nicht nur die Zielvorgaben der EU zu erreichen, sondern durch ein Voranschreiten auch die Verschärfung der Umweltpolitik auf europäischer Ebene zu erleichtern.

Kein Aufweichen, sondern Stärkung der europäischen Klimapolitik

Die EU hat sich mit dem Klimapaket aus dem Jahr 2008 dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2020 ihre Treibhausgase um 20% zu reduzieren, den Anteil

erneuerbarer Energien auf 20% zu erhöhen und den Energieverbrauch³⁷ um 20% zu verringern. Diese Ziele sind ein erster wichtiger Schritt, aber lange nicht ausreichend, um die europäische Energieversorgung nachhaltig zu gestalten oder einen angemessenen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten.

Oberstes Ziel der europäischen Energiepolitik muss stattdessen eine nachhaltige europäische Energieversorgung sein. Dabei kommt stringenten Klimaschutzziele eine zentrale Bedeutung zu. Die EU sollte daher ihre Selbstverpflichtung zur Minderung der Treibhausgasemissionen auf mindestens 30% bis 2020 erhöhen und eine Minderung von mindestens 80% bis 2050 rechtlich verbindlich machen.

Ferner sollte die EU Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in ärmeren Ländern finanziell unterstützen. Versteht man den europäischen Emissionshandel als Internalisierung externer Kosten, so sollten die Einnahmen dieses Instrumentes auch den Leidtragenden der externen Kosten zugute kommen.³⁸

Nationale Alleingänge und Carbon Leakage

Vertreter_innen aus Industrie, Politik und Wissenschaft machen oft darauf aufmerksam, dass nationale oder EU-weite Alleingänge bei der Lösung internationaler Umweltprobleme nicht hilfreich sind. Sie verweisen darauf, dass 1. eine zu starke Belastung energieintensiver Industrien nur zu deren Verlagerung ins Ausland führt (Carbon Leakage) und 2. eine Verringerung des Verbrauchs fossiler Rohstoffe in Deutschland durch Preiseffekte einen Mehrverbrauch in anderen Ländern bewirkt (grünes Paradoxon). Diese Argumente sind verkürzt³⁹, jedoch nicht generell von der Hand zu weisen.

Langfristig ist daher zu diskutieren, wie eine absolute globale Minderung von Treibhausgasemissionen erreicht werden kann. Das System des europäischen Emissionshandels mit seinen zahlreichen Problemen⁴⁰ scheint kein geeignetes Instrument zu sein, zumal für eine Übertragung auf die globale Ebene die notwendigen Governance-Strukturen fehlen. Vielleicht sind daher ein Upstream-Emissionshandelssystem⁴¹ oder die Fortführung staatlicher Selbstverpflichtungen sinnvoller. Solange diese Strukturen fehlen, sollte die Regierung nicht weiter mit Ausnahmeregelungen für vermeintlich benachteiligte Unternehmen arbeiten, sondern Grenzausgleichssteuern für die Bereiche einführen, in denen wirklich eine Verlagerung von Industrien in Staaten mit geringeren Umweltauflagen droht.

Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung

Deutschland hat sich trotz immer noch großem Sekundärsektor und einer stark kohlelastigen Stromversorgung für eine Umgestaltung der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien entschieden.⁴² Die weitere Entwicklung in Deutschland ist damit von besonderem Interesse für andere (auch aufstrebende) Industriestaaten.

In der öffentlichen Debatte wird die Förderung der erneuerbaren Energien meist aus einer sehr beschränkten ökonomischen Perspektive kritisiert. Positive volkswirtschaftliche (Merit-Order-Effekt⁴³) sowie ökologische Effekte werden dabei meist ignoriert.

Um die Nachhaltigkeit der Stromversorgung zu gewährleisten, ist neben der Verringerung des

Stromverbrauchs der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien unabdingbar. In der politischen Diskussion über die Höhe der Förderung erneuerbarer Energien sollten die Auswirkungen eines Scheiterns des deutschen Modells auch für die globale Ebene ebenso bedacht werden wie vermiedenen Klimakosten und weitere positive Nebeneffekte, wie z.B. das Aufbrechen oligopolistischer Strukturen.

Natürlich darf der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zur Verschärfung sozialer Unterschiede führen. Daher müssen die Befreiung energieintensiver Industriebetriebe von der EEG-Umlage aufgehoben und die Strompreise für einkommensschwache Haushalte ggf. subventioniert werden.

Nutzen der vorhandenen Effizienzpotenziale

Obwohl schon seit Jahrzehnten bekannt, sind im Effizienzbereich immer noch große ungenutzte Potenziale vorhanden. Die Barrieren sind hier vielfältig und größtenteils nicht ökonomischer Art. Zu ihrer Überwindung müssen daher neben einer übergreifenden Steuerreform (s. Schritt 5) sowohl weiche Instrumente wie Informations- und Beratungskampagnen, als auch ordnungsrechtliche Vorgaben genutzt werden. Beispiele anzupassender Instrumente wären die Energieeinsparverordnung, die Ökodesign-Direktive, die Energieverbrauchskennzeichnung und die CO₂-Strategie für Pkws der EU. Deutschland muss hierbei Vorreiter sein und nicht Verhinderer.

Förderung sozialer Innovationen und einer solidarischen Ökonomie⁴⁴

Umwelteffizientes Wirtschaften ist unverzichtbar für eine nachhaltige Gesellschaft. Es reicht aber nicht aus, solange das Wirtschaftswachstum immer wieder die Effizienzgewinne auffrisst. Es müssen daher Wege gefunden werden, nicht nur anders zu produzieren und andere Dienstleistungen bereitzustellen, sondern auch weniger.

Zahlreiche sozial-ökologische Experimente Einzelner oder Gruppen von Bürger_innen haben hier schon einen Anfang gemacht. Zu nennen sind beispielhaft die Transition Towns, gemeinsame Nutzungsgemeinschaften, Produktionsgenossen-

schaften, Bio-Kooperativen, Reparaturbörsen, Tauschringe und Lebensgemeinschaften die sehr bewusst auf ihren ökologischen Fußabdruck achten.

Dem Staat kommt in diesem Zusammenhang weniger die Aufgabe des Gestaltens als des Ermöglichens zu. Er sollte sozial-ökologische Experimente unterstützen (z.B. durch die Bereitstellung günstiger Infrastrukturen, Gründungsförderung und die Unterstützung alternativer Rechtsformen) und Hindernisse abbauen (z.B. durch eine Abkehr von der Privatisierung grundlegender Güter).

4.1 Die soziale Krise wird ignoriert.

Die Ungleichheit in der EU hat seit Jahren zugenommen und die Eurokrise hat diese Entwicklung noch verstärkt: Mit den Bankenrettungsprogrammen wurden private Verluste – im Gegensatz zu den vorherigen Gewinnen – auf die Bevölkerung verteilt: Um die durch die Bankenrettungen massiv erhöhten Staatsschulden zu bedienen, werden nun Sparprogramme durchgesetzt. Sie sollen Wachstum generieren, haben bisher aber vor allem viele Menschen in Armut gestürzt. Dabei produziert die Wirtschaft der EU genug für die Menschen, die hier leben – die EU ist eine der reichsten Regionen der Welt. Eine reiche Gesellschaft muss nicht mehr wachsen, um mehr zu haben – sondern besser verteilen, was sie hat.

Ungleichverteilung von Vermögen

Deutschlands Vermögen ist extrem ungleich verteilt: Während 50% der Bürgerinnen und Bürger sich etwa 1% des Vermögens teilen, sind (je nach Quelle) zwischen 53% und 67% des Vermögens im Besitz des reichsten Zehntels der Bevölkerung. Das reichste Promille besitzt allein schon fast ein Viertel des Vermögens. Diese Kluft zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten Jahren noch verschärft: der Anteil der reichsten

10% am Vermögen stieg zwischen 1998 und 2008 um 8%.⁴⁵ Zusammengerechnet hat sich das Netto-Privatvermögen der Deutschen in den letzten zwanzig Jahren von 4,6 auf 10 Billionen € verdoppelt. Im Gegensatz dazu ist das Nettovermögen des Staates zwischen 1991 und 2008 von 800 Milliarden € auf bloße 11,5 Mrd.€ (!) zurückgegangen.⁴⁶ Damit sind die privaten Vermögen in Deutschland insgesamt etwa vier mal so hoch wie die Schulden des Staates. Das heißt, dass zur Tilgung der deutschen Schulden ein Viertel des Vermögens der Deutschen ausreichen würde – weniger als die Hälfte dessen, was die reichsten 10% besitzen.

Abb. 6: Verteilung des Nettovermögens privater Haushalte in Deutschland

Auch in Europa ist eine starke Ungleichverteilung vorzufinden. Der Europäischen Zentralbank zufolge besitzen in den Ländern der Eurozone die ärmsten 20% im Schnitt nur Schulden, nämlich minus 0,24% des Gesamtvermögens, während die reichsten 20% einen Anteil am Vermögen von 67,6% haben. Diese⁴⁷ Ungleichheit innerhalb der Eurozone hat zugenommen: der Gini-Koeffizient der 17 Euroländer ist von 29,2 im Jahr 2005 auf 30,5 in 2011 gestiegen.⁴⁸

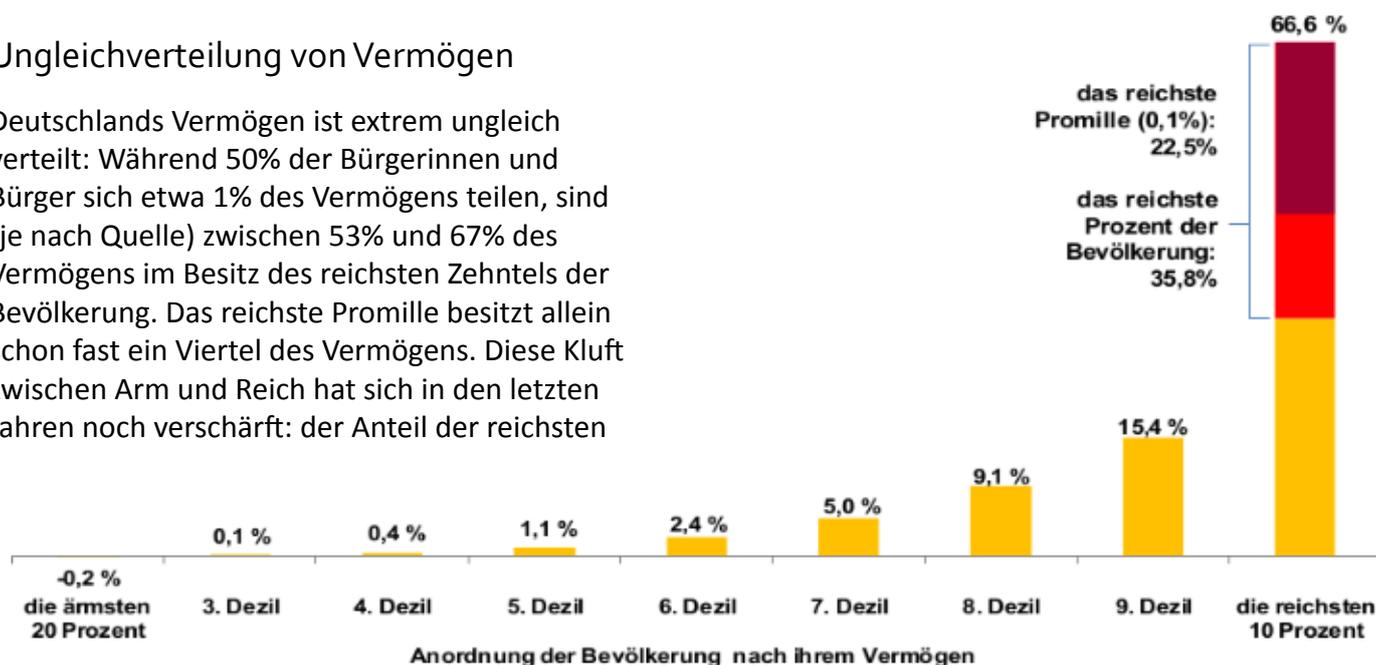


Abb. 6: Verteilung des Nettovermögens privater Haushalte in Deutschland

Ungleichverteilung von Einkommen

Nicht nur bei den Vermögen, auch bei den Einkommen ist dieser Trend der Verschärfung der Ungleichverteilung zu finden. Zwischen 2000 und 2009 legten im Durchschnitt nur die obersten 30% der Einkommen in Deutschland zu. Bei den obersten 10% lag dieser Zuwachs bei 13,4%, bei den 1% Topverdienern gar bei 48%. Dagegen verzeichneten die restlichen 70% Gesellschaft nach Abzug der Inflation Reallohnverluste von bis zu 6,9%.⁴⁹ Diese ungleiche Lohnentwicklung ist besonders problematisch, denn je weniger Vermögen die Menschen besitzen, desto mehr hängt ihr Lebensunterhalt von ihrem Lohn Einkommen ab. Inzwischen sind 15% der Bevölkerung armutsgefährdet. 1,4 Millionen Menschen sind sogenannte „working poor“, die von ihrer Arbeit nicht leben können und mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen.⁵⁰ Die Mittelschicht, die zwischen 1.000 und 2.200€ netto (Singles) bzw. 2.100€ und 4.600€ (Paare mit zwei Kindern) zu verorten ist, schrumpft: Fanden sich 2000 noch 49 Millionen der Deutschen in diesem Einkommenssegment, so waren es schon sechs Jahre später nur noch 44 Millionen, Tendenz abnehmend. Die Menschen mit Einkommen unterhalb dieser Grenze machen dagegen schon einen Anteil von 25% aus.⁵¹

Ungleichverteilung von Arbeit

Gleichzeitig ist Arbeit ungleich verteilt. Erwerbsarbeit ist auf einige konzentriert, während andere von ihr ausgeschlossen bleiben. Damit sind sie nicht nur von einem eigenen Einkommen, sondern auch von Anerkennung und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Millionen suchen eine Stelle, finden aber keine oder nur befristete Teilzeitstellen. Ihnen gegenüber stehen Menschen mit 40-Stunden-Wochen und mehr, die nur wenig Energie für ihre knappe Freizeit haben. Freundschaften und Familie, aber auch soziales und demokratisches Engagement leiden unter dieser Arbeitsverteilung.⁵² Allein im Jahr 2012 wurden in Deutschland knapp 1,4 Milliarden Überstunden geleistet.⁵³ Das entspricht fast einer Million 30-Stunden-Stellen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 7,3%.⁵⁴

Die nicht marktförmig organisierte, unbezahlte Arbeit ist ebenso ungleich verteilt. Erziehungsarbeit, Pflegearbeit und Reproduktionsarbeiten werden bis heute größtenteils von Frauen verrichtet. Da Frauen meist zusätzlich erwerbstätig sind, stemmen sie oft eine höhere Arbeitslast als Män-

ner.⁵⁵ Da nur über Erwerbsarbeit Einkommen verdient werden kann, ist die unbezahlte Arbeit gesellschaftlich weniger anerkannt. Selbst in den Bereichen, in denen sie kommerzialisiert wurde, sind die Löhne wesentlich niedriger als in anderen Branchen (so verdient eine Erzieherin im Schnitt nur 58% des Gehalts eines Elektrotechnikers).⁵⁶

Um der sozialen und der ökologischen Krise gleichzeitig zu begegnen, muss in Deutschland (und Europa) umverteilt werden, und zwar in zwei eng miteinander verbundenen Bereichen: Vermögen und Einkommen. Um sozial gerechter und naturverträglicher zu wirtschaften, sollten wir Arbeitszeiten gerechter verteilen und Erwerbsarbeit insgesamt verringern. Außerdem muss eine sozial-ökologische Steuerreform durchgeführt werden.



4.2 Vierter Schritt: Arbeitszeit in Deutschland umverteilen.

Arbeitszeit reduzieren: Anzustreben ist eine graduelle Verringerung von Arbeitsstunden über mehrere Jahre, z.B. durch mehr Teilzeitarbeit, Restriktionen für Überstunden und flexible Regeln für den Renteneintritt sowie eine Herabsetzung der Höchstarbeitszeit. Die Besteuerung von Arbeit kann so verändert werden, dass die Anstellung von mehr Beschäftigten gefördert wird. So können Arbeitgeber_innen Anreize geboten werden, statt einer

Vollzeitstelle zwei gut bezahlte Teilzeitstellen zu schaffen.⁵⁷ Parallel zur Arbeitszeitverkürzung müssen Mindestlöhne eingeführt werden und Löhne angepasst werden, damit Arbeitnehmer_innen auch bei reduzierten Stunden gut von ihrem Gehalt leben können und nicht unter die aktuelle relative Armutsgrenze von 60% des durchschnittlichen Einkommens fallen.

- *Grundsicherung verbessern*: Grundlage einer Arbeitsreform sollte eine Restrukturierung der Grundsicherung sein. Politik, die einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess anregt, braucht zuverlässige und fördernde Sozialleistungen. Die restriktive Hartz-IV-Gesetzgebung widerspricht der Idee von Selbstentfaltung und sinnvollem Tätigsein.⁵⁸ Qualität und Sinn von Arbeit sollten wieder in den Vordergrund zu rücken. Die Aufhebung der verschärften Zumutbarkeitsregelungen der Hartz-IV-Gesetzgebung kann ein erster Schritt in diese Richtung sein.
- *Mindestlohn einführen*: Zusätzlich würde die Einführung eines Mindestlohns, der auch bei reduzierter Vollzeit eine würdige Existenz sichert, Menschen die Freiheit geben, zu entscheiden, wie viel und welche Art von Erwerbsarbeit sie verrichten wollen. Er würde die Verhandlungsposition von Arbeitnehmer_innen stärken und dadurch Arbeitgeber_innen Anreize setzen, Arbeitsverhältnisse attraktiv zu gestalten. Nicht zuletzt würde er zu einer Umverteilung von Gewinnen und Einkommen beitragen.
- *Arbeit geschlechtergerecht verteilen*: Um geschlechtergerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu erreichen, müssen wir zunächst verstehen, woher die ungleiche Verteilung kommt. Die Abwertung von Reproduktionsarbeit erfolgt momentan strukturell: über Lohn, Rahmenbedingungen von Arbeitsverhältnissen, Ausbildungsweisen, Anerkennung und Wahrnehmung.⁵⁹ Um hiermit zu brechen, müssen mehr Männer in der sozialen Arbeit tätig sein. Das könnte beispielsweise durch Männerquoten erreicht werden. Durch flexible und trotzdem abgesicherte Arbeitsverhältnisse kann die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen verringert werden, z.B. durch „Jobsharing“, Sabbatjahre und bessere öffentliche Angebote für Kinderbetreuung und Pflege. Um die Abwertung der Arbeit von Frauen entgegenzuwirken, muss ein Mindestlohn für Tätigkeiten und Arbeitsbereiche eingeführt werden, die eng an Pflege und Versorgung gekoppelt sind (sog. „Care Sektor“). Also in dem Wirtschaftsbereich, in dem Reproduktionsarbeit schon marktförmig und als Lohnarbeit organisiert ist.
- *Wert von Arbeit sichtbar machen*: Der gesellschaftliche Wert der Pflege-, Erziehungs-, Fürsorge- und Reproduktionsarbeit muss sichtbar gemacht werden. Momentan wird über das Bruttoinlandsprodukt nur bezahlte Arbeit erfasst. Das führt dazu, dass auch fördernde Politikmaßnahmen sich auf den monetär bewerteten Bereich von Arbeit konzentrieren. Care-Arbeit ist dagegen eher von Sparmaßnahmen betroffen. Dadurch stehen Menschen, die diese Arbeit leisten, unter höherem Druck und ein Kernbereich unserer Gesellschaft wird belastet, anstatt dass er als Mittel zur Krisenbewältigung gestärkt wird.⁶⁰ Damit unbezahlte Arbeit die ihrer Bedeutung entsprechende gesellschaftliche Anerkennung erfahren kann, muss sie deutlicher sichtbar gemacht werden. Eine Möglichkeit wäre eine häufigere Durchführung und stärkere Beachtung der Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes, die sichtbar machen, wie viel Zeit welche Arbeit in Anspruch nimmt.⁶¹ So würde auch unbezahlte Arbeit abgebildet werden. Um dieser Arbeit mehr Wert zuzuschreiben, braucht es einen anderen Wohlstandindikator als das Bruttoinlandsprodukt. Vorbilder könnten z.B. das Bruttosozialglück, wie es in Bhutan gemessen wird, der Happy Planet Index oder der Nationale Wohlfahrtsindex sein.⁶²

5. Fünfter Schritt: Vermögen und Umweltverbrauch stärker besteuern, Arbeit entlasten

Deutschland belastet Arbeit stark mit Steuern und Abgaben. Die Ausbeutung der Natur wird hingegen nur schwach besteuert. Das gleiche gilt für private Vermögen und hohe Einkommen. Steuern auf Arbeit haben in Deutschland einen Anteil von 17% an allen Steuern und Abgaben, zusätzlich tragen die Sozialversicherungsabgaben noch einen Anteil von 40% bei. Dagegen trägt Umweltverbrauch nur mit 5% und Kapital nur mit 12% zum Steueraufkommen bei. Es könnte auch anders sein: In Dänemark liegen die Einnahmen durch Umweltsteuern beispielsweise bei 12%.⁶³

Um sozial gerechter und naturverträglicher zu wirtschaften, muss das deutsche Steuersystem langfristig umgestaltet werden. Wir schlagen vor, dass Kapital und Umweltverbrauch stärker belastet, Arbeit dagegen weniger belastet werden

sollte. Niedrigere Steuern auf Arbeit machen es für Unternehmen leichter, mehr Leute einzustellen und sind deshalb eine Voraussetzung für eine Arbeitszeitverkürzung. Höhere Steuern auf Ressourcen tun der Natur gut, denn sie schaffen Anreize, dass Unternehmen effizienter wirtschaften und die Menschen umweltschonender konsumieren. Durch höhere Steuern auf Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen würde endlich begonnen, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und es stünde Geld zur Verfügung, um die Staatsverschuldung abzubauen.

Dieser Umbau ist jedoch angesichts der aktuellen Steuerstruktur und der starken Lenkungswirkung der vorgeschlagenen Änderungen langfristig anzulegen und kann nur schwierig innerhalb weniger Jahre vollzogen werden. Hier sollen nun einige konkrete Maßnahmen vorgestellt werden, die kurzfristig umgesetzt werden können.

Umweltverbrauch stärker besteuern

Um die externen Kosten der wirtschaftlichen Tätigkeiten zu integrieren, muss der Umweltverbrauch mit Steuern und Abgaben belegt werden. Dies wurde in Deutschland mit der ökologischen Steuerreform begonnen. Sie sieht ansteigende Steuern für fossile Rohstoffe und Strom vor. Leider wurde der stufenweise Anstieg der Steuerbeträge seit 2003 nicht mehr fortgeführt, während die Preise für fossile Rohstoffe unter anderem wegen der Inflation weiter gestiegen sind. Der Anteil der Ökosteuern an den Preisen fossiler Rohstoffe und Strom nimmt daher permanent ab. Damit verliert die Ökosteuer ihre Lenkungswirkung. Wir fordern daher eine Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform, die sicherstellt, dass die externen Umweltkosten internalisiert werden. Möglichen finanziellen Belastungen für arme Haushalte, die relativ stärker von Steuererhöhungen betroffen sind, muss der Gesetzgeber entgegen wirken, ohne durch Pauschalregelungen sämtliche Sparanreize abzuschaffen. Mittelfristig bedarf es einer Koordination auf EU-Ebene, um ökologische Steuern trotz zwischenstaatlichem Wettbewerb zu ermöglichen, also einen race-to-the-bottom der Ökosteuern zu verhindern.

Umweltschädliche Subventionen abbauen

Umweltschädliche Subventionen finden sich in allen Sektoren der Wirtschaft. Insgesamt belaufen sich die umweltschädlichen Subventionen in Deutschland auf 48 Mrd. € pro Jahr.⁶⁴ Das entspricht etwa 8% des gesamten deutschen Steueraufkommens. Ein Abbau dieser Subventionen führt also nicht nur dazu, dass umweltschädliches Wirtschaften verteuert wird, sondern setzt auch Gelder frei, die der Staat für eine sozial-ökologische Transformation nutzen kann. Dabei ist darauf zu achten, dass durch den Subventionsabbau keine sozialen Schieflagen entstehen. Bei einigen Subventionen muss der Gesetzgeber dem aktiv entgegensteuern. Beim Abbau anderer Subventionen, beispielsweise im Flugverkehr, ist das nicht nötig.⁶⁵ Schließlich bringt der Abbau mancher Subventionen sogar sozialen Nutzen mit sich. Das gilt beispielsweise für eine veränderte Besteuerung von Dienstwagen.⁶⁶

Vermögenssteuer wieder einführen

Wie oben dargestellt stehen den europäischen Staatsschulden ein Vielfaches an privaten Vermögen gegenüber. In Deutschland sind die Privatvermögen aktuell vier- bis fünfmal so hoch wie die Staatsschulden. Über die Hälfte dieses Vermögens liegt dabei bei den reichsten 10%.⁶⁷ Um die Krisen sozial und nachhaltig zu bewältigen, müssen die Schulden verstärkt über diesen privaten Reichtum bedient werden. Das wäre insbesondere möglich über eine Vermögenssteuer und / oder -abgabe und eine Kapitalertragssteuer (sprich eine Vermögenszuwachssteuer).

Verschiedene Modelle einer Vermögensteuer bzw. Vermögensabgabe

Für eine Vermögensteuer bzw. -abgabe stehen verschiedene Modelle mit unterschiedlichen Belastungen und Auswirkungen zur Debatte. Im Folgenden werden einige Vorschläge vorgestellt, die in Deutschland aktuell diskutiert werden und für die sich auch das Bündnis *umfairteilen* stark macht. Vorangestellt sei zum einen, dass es in Deutschland bis 1996 eine Vermögensteuer gab, nach der alle Vermögen ab 120.000 DM mit 1% besteuert wurden. Und zum anderen, dass Vermögensteuern in niedrigen einstelligen Bereichen die Vermögenszuwächse der Reichen nur bremsen, jedoch aber nicht aufhalten. Diese Steuern würden also in geringem Maße umverteilen und einige Milliarden mehr an Steuern zu generieren, jedoch keine Trendumkehr der sich weitenden sozialen Kluft bedeuten.

- Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fordert eine Vermögensabgabe von 20-80% für Millionäre und Milliardäre. Der Freibetrag für Betriebe soll bei 2 Mio.€ liegen und die Abgabe über zehn Jahre gestreckt sein, wodurch ein Steueraufkommen von 1.000 Mrd.€ zustande käme. Danach sollten dauerhafte Schritte zu einer stärkeren Vermögensbesteuerung vollzogen werden. So solle u.a. der Spitzensteuersatz erhöht, eine allgemeine Vermögensteuer wieder eingeführt und eine Erbschaftsteuer etabliert werden.⁶⁸
- Die vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert hingegen eine Vermögensabgabe von 1-3% ab einer Million, die Freisumme für Betriebe wäre ebenfalls bei 2 Mio.€ Das soll bei einer Laufzeit von zehn Jahren zu Einnahmen von 300 Mrd. führen, die dem Bund zuständen. Gleichzeitig soll eine Vermögensteuer von 1% für Privatpersonen und 0,5% für Kapitalgesellschaften auf Vermögen ab 1 Mio. eingeführt werden, deren Aufkommen von 20 Mrd.€ den Ländern zustände.⁶⁹
- Eine Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe fordert eine Vermögensabgabe von 5% ab 500.000€, Laufzeit zwei Jahre. Betriebsvermögen könnten einen niedrigeren Satz (z.B. 3%) einen Freibetrag von 3 Mio.€ gewährt bekommen.⁷⁰

- Der Arbeitskreis Alternative Wirtschaftspolitik (auch Memorandum-Gruppe genannt) ist diesem sehr ähnlich: auch er fordert eine Vermögensabgabe ab einer Million von 1% plus eine Vermögensteuer von 1%.⁷¹
- Die Partei die LINKE fordert eine Vermögensteuer von 5% ab einer Million Vermögen und eine europaweite Koordination für eine Vermögensabgabe. Betriebsvermögen hätten einen Beitrag von 2 Mio.€. Das gäbe Mehreinnahmen von 80 Mrd.€ jährlich.⁷²
- Bündnis 90/die Grünen fordern eine Vermögensabgabe ab einer Million von 1,5%, die jährlich 10 Mrd.€ einbringen soll über eine Laufzeit von 10 Jahren. Das soll dem Staat jährlich 100 Mrd.€ einbringen. Danach soll eine Vermögensteuer erhoben werden.⁷³
- Die SPD spricht sich in ihrem Bundestagswahlprogramm 2013 für die Einführung einer Vermögensteuer auf „angemessenem Niveau“, mit „hohen Freibeträgen für Privatpersonen“ aus, damit das Einfamilienhaus nicht betroffen ist.⁷⁴ Zuvor hatte sich die SPD schon konkreter geäußert: Sie sei gegen eine Vermögensabgabe, will sich aber für eine Vermögensteuer ab 2 Mio.€ in Höhe von 1% einsetzen, was jährlich ca. 11,5 Mrd.€ einbringen soll.⁷⁵
- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat verschiedene Modelle für Vermögensabgaben mit unterschiedlich hohen Freibeträgen berechnet. Bei einem Freibetrag von 250.000€ pro Person müssten nur die 7,7 reichsten Prozent der deutschen Bevölkerung eine Abgabe zahlen, bei einem Freibetrag von 500.000€ nur 2,3%.⁷⁶

6.1 Die Demokratie wird geschwächt.

Begonnen als Wirtschaftskooperation einiger Staaten und maßgeblich vorangetrieben von den Regierungen, war die EU bislang nicht der Inbegriff einer Demokratie. Weder Staat noch Staatenbund – eine Mischform und damit als „supranational“ gekennzeichnet. Im Institutionengefüge der EU ist diese historisch zustande gekommene Aufteilung noch deutlich – die Entscheidungsstrukturen zentrieren die Macht bei der exekutiv dominierten Kommission und dem Europäischen Rat der Regierungsmitglieder. Das Europäische Parlament ist im Vergleich zu diesen schwach, die Lobbyverbände der großen Industrien dafür umso stärker. Diese Probleme werden in der Eurokrise noch verschärft: In Windeseile werden weitreichende, komplexe Entscheidungen getroffen, ohne dass die Wählerinnen und Wähler sich beteiligen können.

Im Zuge der Eurokrise regiert die relativ undemokratische EU zunehmend in zentrale nationale Belange hinein. Beispielsweise wird die Souveränität der Mitgliedsstaaten zur Durchsetzung der Sparpolitik eingeschränkt: Als es in Griechenland ein Referendum über die Sparmaßnahmen geben sollte, stellten die EU und der IWF sofort ihre Zahlungen an das Land ein – Griechenland durfte nicht allein entscheiden, wie es seine Schulden zurückzahlt.

Dieser Mangel an Demokratie ist zusammen mit der Eurokrise zu lösen. Dabei heißt das nicht, dass die EU mehr Macht bekommen sollte, sondern vielmehr, dass sie demokratisiert werden muss, bevor weitere Verantwortung an sie abgegeben wird.

Mehr Demokratie ist erforderlich – in der EU und in Deutschland, in der Politik und in der Wirtschaft. Die folgenden Schritte für ein demokratisches Europa sprechen in diesem Sinne nur eine Ebene von Demokratisierung an. Es ist auch notwendig zu überprüfen, welche demokratischen Elemente und Prozess in Deutschland und anderen Staaten sowie auf lokaler Ebene aufrechterhalten, gestärkt oder ausgebaut werden müssen.

Deutschland könnte bei einer Demokratisierung Europas eine treibende Rolle einnehmen. Als Mitglied der EU kann es nicht einfach seine Fi-

nanzmärkte reformieren oder seine Wettbewerbsfähigkeit absenken, ohne sich mit den anderen Staaten abzusprechen. Doch Deutschland kann sich auf demokratischem Wege für eine Neuordnung der EU einsetzen und aus seiner Position der Stärke heraus den zersetzenden Wettbewerb zwischen den EU-Staaten zurückfahren. Anstatt seine Macht in Europa ständig weiter auszubauen und dessen Politik zu diktieren, sollte sich Deutschland um eine gemeinsame Sozial-, Finanz- und Umweltpolitik auf EU-Ebene mit demokratischer Legitimierung bemühen.

6.2 Sechster Schritt: Mehr Kooperation und Demokratie in Europa.

- *Wirtschaftspolitik gemeinsam gestalten:* Wie oben dargestellt, muss eine Währungsunion von einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik begleitet werden. Diese sollte aber nicht von einer neu einzurichtenden Wirtschaftsregierung konzipiert und durchgeführt werden, sondern in eine demokratisch gestaltete EU eingebettet sein. Wichtig ist zunächst, sich wie oben dargestellt auf gemeinsame Kriterien einer Lohn-, Steuer- und Schuldenpolitik zu einigen. Dieser Prozess sollte im europäischen Parlament angesiedelt sein und in den jeweiligen nationalen Parlamenten diskutiert werden.
- *Subsidiarität durchsetzen:* Prinzipiell gilt: Um die EU demokratischer zu gestalten, sollten Entscheidungen möglichst nah an den betroffenen Menschen und Regionen gefällt werden. Das in der EU verankerte Prinzip der Subsidiarität muss ernst genommen und durchgesetzt werden. Das heißt, dass zunächst auf lokaler Ebene die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden muss. Nationale Parlamente sollten stärker in Entscheidungen der EU eingebunden werden.
- *Europäisches Parlament stärken:* Für die Angelegenheiten, die auf europäischer Ebene geregelt werden müssen, bedarf es eines starken europäischen Parlaments. Dafür müssen die Kompetenzen des Parlaments im Vergleich zu Rat und Kommission ausgeweitet

werden. Das Parlament sollte an allen Fragen der Wirtschafts-, Währungs- und Steuerpolitik gleichberechtigt mitbestimmen.⁷⁷ Mittelfristig sollte das europäische Parlament auch die vollen Kompetenzen eines legislativen Organs mit Budget-, Initiativ- und Kontrollrecht bekommen. Das könnte auch bedeuten, dass es eine gewählte europäische Regierung gibt, die vom Parlament abhängt.

- *Wahlrecht reformieren:* Das aktuelle europäische Wahlrecht (von 1976) begünstigt den Vorrang von nationalen Themen und Kandidat_innen bei Wahlen des europäischen Parlaments. Doch die Abgeordneten sind Repräsentant_innen der europäischen Bevölkerung, nicht der verschiedenen europäischen Bevölkerungen. Zumindest ein Teil der Sitze sollte daher nicht über nationale, sondern über europäische Listen vergeben werden. Europäische Listen für die Wahl des Parlaments würden zu einem gesamteuropäischen Wahlkampf führen, der dem Parlament mehr Legitimität geben würde und zur Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft beitragen könnte.⁷⁸
- *Kompetenzen der Exekutive eingrenzen:* Gleichzeitig sollte die Macht von Kommission und Rat begrenzt und stärker demokratisch legitimiert werden. Auch in Europa bedarf es einer Dreiteilung in Judikative, Exekutive und Legislative. Aktuell haben sowohl Rat also auch Kommission legislative und exekutive Kompetenzen, das Parlament aber keine vollen legislativen Zuständigkeiten.
- *Macht der Lobbys eindämmen:* Die starke Einflussnahme privatwirtschaftlicher Lobbys auf die Entscheidungen der EU muss eingedämmt werden. Schätzungen zufolge sind in Brüssel derzeit 15.000-30.000 Lobbyist_innen tätig, davon ca. zwei Drittel im Namen der Wirtschaft. Es gibt keine Verpflichtung zur Registrierung und damit auch keine Transparenz, wie viele Menschen in wessen Auftrag bei wem auf welche Entscheidungen Einfluss nehmen. Zunächst ist eine solche Verpflichtung notwendig.⁷⁹ Gleichzeitig sollte die Zeit, die Mitarbeiter_innen von Gremien der EU oder Abgeordnete mit Vertreter_innen verschiedener

Interessengruppen verbringen, beschränkt werden. Und diese Zeit muss zwischen den Gruppen gleich verteilt werden. Es braucht auch Begrenzungen für den Job-Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft, sonst entsteht ein zu enges Geflecht an Verbindungen und Begünstigungen.⁸⁰

- *Neue EU-Verfassung anstoßen:* Die Europäische Union sollte auf eine neue Grundlage gestellt werden. Dazu ist eine neue EU-Verfassung nötig, die demokratisch legitimiert und an sozialen und ökologischen Zielen ausgerichtet ist. Bei der Schaffung dieser sollte eine Trennung von verfassungsgebender und dadurch ins Leben gerufener Gewalt⁸¹ beibehalten werden, was bei der Gestaltung des europäischen Verfassungsvertrages vernachlässigt wurde.⁸² Es bedarf eines Konvents europäischer Bürger_innen, um eine neue EU-Verfassung zu entwickeln. Diese sollte einfach verständlich und an gemeinsamen Werten orientiert sein. Sie sollte in einem demokratischen Prozess in allen Mitgliedsstaaten unter möglichst hoher Beteiligung der Bürger_innen verabschiedet werden. Diese Verfassung kann nur in denjenigen Staaten gelten, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung dafür gestimmt hat.⁸³
- *Sozial-ökologische Transformation fördern:* Die Aktivitäten der EU sollten künftig an sozialen, ökologischen und demokratischen Kriterien orientiert sein.⁸⁴ Anstatt dass die EU für den Abbau von sozialen Leistungen und Abschottung steht, könnte sie somit für einen Umbau der Wirtschaft in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation stehen.

Gemeinsam kann so eine neue Vision für ein demokratisches und weltoffenes Europa entwickelt werden. Für ein Europa, das an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist und mit dem sich ihre Menschen identifizieren können.

Abschlussbemerkung

Die Enquête-Kommission hat die Debatte über den Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität prominenter gemacht. Nun muss die Diskussion in der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik weitergeführt werden – und die gewonnenen Erkenntnisse in verantwortungsvolle Politik umgesetzt werden. Doch beim Konzeptwerk geht es uns nicht nur darum, direkt umsetzbare Maßnahmen und konkrete Schritte aus der Eurokrise zu finden, sondern auch eine längerfristige und tiefgreifende Transformation unserer Gesellschaft vorzudenken. Dieser Brückenschlag ist nicht einfach. Dennoch hoffen wir, mit *Wirtschaftswende* einen Eindruck zu geben, wie Veränderung auf vielen verschiedenen Ebenen stattfinden kann, um eine sozial-ökologische Transformation herbeizuführen.

Hier eine Zusammenfassung der vorgeschlagenen Schritte:

1. Regulierung des Finanzsystems

1. Finanz- und Bankensektor demokratisieren: Banken unter demokratische Kontrolle; Lobbying eindämmen; Finanzaufsichten mit mehr Handlungskompetenzen
2. Finanzmärkte regulieren: Finanztransaktionsteuer und Kapitalverkehrskontrollen einführen, Reduktion der Komplexität und Anzahl von Finanzprodukten
3. Bankensektor reformieren: Größenbegrenzung für Banken, Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken, Erhöhung der Eigenkapitalquote

2. Umgestaltung der europäischen Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion

1. Spardiktat beenden
2. Lohn- und Steuerpolitik koordinieren
3. Gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) unter Auflagen einführen

3. Ambitionierte Gestaltung von Energie- und Klimapolitik

1. Klimaschutz vorantreiben
2. Erneuerbare Energien ausbauen
3. Effizienzpotenziale nutzen
4. Soziale Innovationen fördern

4. Umverteilung von Arbeit

1. Arbeitszeit reduzieren
2. Grundsicherung verbessern
3. Mindestlohn einführen
4. Nicht-monetäre Arbeit aufwerten

5. Weiterführung der sozial-ökologischen Steuerreform

1. Umweltverbrauch reduzieren: Steuern erhöhen, Subventionen abbauen
2. Arbeit entlasten: Steuern und Sozialversicherungsabgaben auf Arbeit reduzieren
3. Vermögen umverteilen: Vermögensteuer einführen, Kapitalertragsteuer erhöhen

6. Stärkung der Demokratie

1. Demokratie in Europa reformieren: mehr Macht an das europäische Parlament, Kompetenzen der Exekutive begrenzen, neue EU-Verfassung anstoßen
2. Demokratie in Deutschland stärken: Bürgerbeteiligung fördern, direkt-demokratische Elemente stärken

Belege und Ergänzungen

1. Für mehr Informationen zur Enquetekommission siehe <http://www.enquetewatch.de> und <http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/>.
2. Die Kosten der Bankenrettung können noch nicht klar beziffert werden, da ihre Höhe von den Rückzahlungen der Banken und dem weiteren Verlauf der Krise abhängen wird. Zwischen 2008 und 2012 flossen laut Informationen der EU-Kommission 1,6 Billionen Euro staatliche Beihilfen in den EU-Finanzsektor. Dies entspricht 12,8% des EU-Bruttoinlandsprodukts, aber nur 30% der genehmigten Hilfen von 5,058 Bio.€. Ein Großteil dieser Beihilfen waren Garantien (Die Presse 2012). Der erste deutsche Rettungsfonds Soffin wurde 2008 mit einem Kapital von 480 Mrd.€ ausgestattet. Bislang wurde der Rahmen nicht ausgeschöpft, aber Schätzungen von Finanzexperten von 2011 zufolge könnte die Rettung der deutschen Banken leicht 100 Mrd.€ kosten. Immerhin ein Drittel des Bundeshaushalts 2011 – abhängig von den weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen (Süddeutsche Zeitung 2011).
3. Es ist sehr erfreulich, dass sich die Finanzminister der sechs größten EU-Länder dafür ausgesprochen haben, Steueroasen zu schließen, Informationen über Kapitaleinkommen automatisch auszutauschen und das Bankgeheimnis zu lockern. Die Umsetzung dieser Maßnahmen muss nun von der Zivilgesellschaft aufmerksam beobachtet werden.
4. Das soll nicht heißen, dass es „böse“ Finanzmärkte und eine „gute“ Realwirtschaft gibt. Beide ergänzen sich in einer monetär organisierten Wirtschaft. Auch die Realwirtschaft ist derzeit so organisiert, dass Profit das gängigste Motiv ist, mit z.T. sehr negativen Folgen für Menschen und Natur. Dennoch ist es nötig, für den menschlichen Gebrauch zu produzieren – eine „Realwirtschaft“ in gewisser Höhe ist also notwendig.
5. Als Beispiel kann hierfür die GLS Gemeinschaftsbank dienen, bei der die Anleger_innen entscheiden, in welchen sozialen oder ökologischen Bereichen ihr Geld eingesetzt werden soll. www.gls.de
6. Siehe Euraktiv 2013.
7. Siehe dazu auch den letzten Abschnitt über die Demokratie in der EU.
8. Die neuesten Regelungen der EU, die im Mai vom Europaparlament durchgesetzt wurden, sind zu begrüßen. Siehe Giegold 2013.
9. Christian Felber nennt hier Zahlen in der Größenordnung von 10-20 Milliarden US-\$. Dies scheint absolut betrachtet noch sehr viel – wäre aber bei Banken mit ähnlichem Umsatz wie der Deutschen Bank mit über 2.000 Milliarden Euro pro Jahr immerhin eine Reduzierung auf ein Hundertstel (s. Felber 2012: S. 105).
10. Basel III, das internationale Abkommen zur Regulierung der Finanzmärkte, sieht eine Eigenkapitalerhöhung von 2% auf 9% vor – allerdings mit Risikogewichtung, was wiederum Schlupflöcher bietet und die Quote senkt (s. Herrmann 2012 und taz 2013).
11. Dass diese Trennung und die Förderung kleiner Banken sinnvoll ist, zeigt die new economics foundation. Sie schlägt für das Vereinigte Königreich sogar vor, die „stakeholder banks“ wie deutsche Sparkassen und französische Genossenschaftsbanken zu kopieren. Nef 2013 b.
12. Felber, Christian (2012): S. 25 ff.
13. BMAS 2013: S. 55.
14. CIA World Factbook (2013); die Zahlen sind von 2012.
15. Linke im Bundestag (2011): S. 4f.
16. Linke im Bundestag 2011: S.6 f.
17. Die Linke im Bundestag 2011: S.9; Von 1998 bis 2008 stieg der Anteil der Einkommensteuer, welche die 5% Topverdiener zahlen, von 41,5 auf 42,3%, deren Anteil am Gesamteinkommen (ohne der Gewinne aus Vermögen!) aber von 20 auf 25%.
18. Hermann 2012.
19. Ebd.

20. Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben.
21. BPB 2012: Binnenhandel der EU; 2010 lag der Anteil der Importe innerhalb der EU bei 62,1%, derjenige der Exporte bei 65,3%.
22. Destatis 2013: Anteil EU-Handel am gesamten deutschen Außenhandel; die Einfuhren lagen ungefähr im gleichen Bereich.
23. BPB 2012: Binnenhandel der EU.
24. Felber 2012: S. 84.
25. Hauf 2012 (Destatis).
26. Hans-Böckler-Stiftung 2013: Reallöhne niedriger als im Jahr 2000.
27. EU-Info 2013.
28. Flassbeck 2013.
29. German Foreign Policy 2013; Bertelsmann Stiftung 2013.
30. Auch jetzt findet bereits eine Lohnanpassung in der Eurozone statt. Doch anstatt dass in Deutschland die Löhne erhöht werden, werden nur die Löhne in den Defizitländern gekürzt.
31. Mit „ökologischen Grenzen“ sind Belastungen des Naturhaushalts, entweder durch Entnahme von Rohstoffen oder Verschmutzung von Umweltmedien (Boden, Atmosphäre, Luft..) gemeint, die über die natürliche Regenerationsfähigkeit der Erde hinaus gehen.
32. Die Umweltauswirkungen, die die deutsche Wirtschaftsaktivität im Ausland verursacht, sind hierbei noch nicht mit einbezogen.
33. Im Sondervotum von SPD, Grünen, LINKE und deren Sachverständigen zur PG 1 der Enquete-Kommission heißt es diesbezüglich: „Der deutsche Umwelt- und Klimaschutz, der im internationalen Vergleich mitunter als vorbildlich gilt, ist nun allerdings alles andere als ausreichend. Die drei „planetarischen Grenzen“, die die OECD als bereits überschritten ansieht – Klimawandel, Artenverlust und Stickstoffkreislauf – hat auch Deutschland überschritten.“; Enquetekommission 2013: S. 185.
34. Mit relativer Entkopplung ist eine Minderung der Umweltbelastung pro Aktivität (z.B. Produktion einer Ware, gefahrene Kilometer) oder pro Einheit des BIP gemeint.
35. Enquetekommission 2013: S. 562.
36. WWF 2012: S. 144; gha steht für globale Hektar, Erklärung siehe Graphik.
37. Dieses Ziel ist leider nicht verbindlich und gilt nur gegenüber einer Referenzentwicklung.
38. In ihrem ursprünglichen Entwurf des Klimapakets sah die Europäische Kommission vor, dass 20% der Einnahmen des Emissionshandels für eine Reihe von Maßnahmen zweckbestimmt werden. Darunter waren die Vermeidung von Entwaldung und die Unterstützung der Anpassung in Entwicklungsländern sowie die Adressierung sozialer Aspekte, etwa der Anstieg der Strompreise für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen (http://eur-lex.europa.eu/Result.do?RechType=RECH_celex&lang=en&code=52008PC0016).
39. So machen etwa die Brennstoffkosten vieler Industriezweige nur einen sehr kleinen Teil ihrer Gesamtkosten aus und nicht alle stehen im internationalen Wettbewerb. Beispielsweise ist oft die Mobilität der produzierten Güter so begrenzt, dass ein Import nicht wirtschaftlich ist. Letzteres gilt andersherum auch für einige fossile Rohstoffe. Eine Verringerung der Braunkohleverstromung in Deutschland führt nicht zu einem Export deutscher Braunkohle ins Ausland, da es sich wegen des geringen Brennwertes dieses Rohstoffes nicht lohnt, ihn über größere Distanzen zu transportieren.
40. Zahlreiche Umweltorganisationen fordern die Abschaffung des Emissionshandels statt seiner Reform, siehe http://scrap-the-euets.makenoise.org/deutsch/#_edn3.
41. Bei einem Upstream-Emissionshandelssystem werden nicht die Emittenten belastet, sondern die Brennstofflieferanten.
42. Seit 1991 wird in Deutschland die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, vormals Stromeinspeisungsgesetz) sehr erfolgreich gefördert. Mittlerweile beträgt der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen

- über 20% (www.ag-energiebilanzen.de).
43. Der Merit-Order-Effekt beschreibt die Tatsache, dass die erneuerbaren Energien den Großhandels-Strompreis reduzieren. Für eine detaillierte Betrachtung des Effekts siehe z.B. BMU 2012: S. 44 ff.
 44. Sie hierzu auch das Diskussionspapier „Enquete – und jetzt?“ von VÖW und Konzeptwerk vom Mai 2013, www.enquetewatch.de
 45. Die Angaben zum oberen Zehntel unterscheiden sich bei DIW 2011: s Abb. 6 und BMAS 2013: S. XII.
 46. Als Erklärung schreibt das Bundesarbeitsministerium selbst „Der im Zeitverlauf zu beobachtende Rückgang des so berechneten staatlichen Reinvermögens stand im Zusammenhang mit dem Verkauf staatlichen Vermögens in wesentlichem Umfang, insbesondere durch Privatisierungen.“ BMAS 2013: S. 49f.
 47. European Central Bank 2013: Statistical table A4.
 48. Eurostat 2013.
 49. Anselmann/Krämer 2012.
 50. Umfairteilen 2013: Fakten Arm-Reich.
 51. Herrmann, Ulrike 2010.
 52. Eine Umfrage des DGB ergab: 27 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sehr häufig oder oft auch außerhalb ihrer Arbeitszeit für betriebliche Belange erreichbar sein. 34 Prozent der Arbeitnehmer_innen fällt es schwer, nach der Arbeit abzuschalten Beschäftigte mit langen Arbeitszeiten, Arbeitnehmerinnen und Ältere sind in besonderem Maße betroffen. So gaben 28 Prozent der Beschäftigten mit einer tatsächlichen Arbeitszeit von 45 und mehr Stunden in der Woche an, auch außerhalb der Arbeitszeit für den Betrieb zu arbeiten. Unter den kürzer Arbeitenden sind es 10 Prozent. Deutscher Gewerkschaftsbund 2012.
 53. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/76945/umfrage/ueberstunden-der-arbeitnehmer-in-deutschland-seit-2000/> (24.05.2013).
 54. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/> (17.05.2013). Die Bundesagentur für Arbeit definiert dabei Arbeitslosigkeit wie folgt: „Arbeitslos ist, wer keine Beschäftigung hat (weniger als 15 Wochenstunden), Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung arbeitslos gemeldet ist. Nach dieser Definition sind nicht alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen als arbeitslos zu zählen.“
 55. Statistisches Bundesamt 2003: „Unbezahlte Arbeit wird in beträchtlichem Umfang in den privaten Haushalten von und für die Familie erbracht. Diese unbezahlten Tätigkeiten umfassen oft mehr Stunden als bezahlte Arbeit. In Zahlen bedeutet das, dass über die ganze Woche verteilt alle Personen ab 10 Jahren durchschnittlich gut 25 Stunden unbezahlt, bezahlt dagegen etwa 17 Stunden arbeiten. Näher betrachtet zeigt sich, dass Frauen mit knapp 31 Stunden deutlich mehr unbezahlte Arbeit leisten als Männer mit 19 ½ Stunden. Bei der Erwerbsarbeit (zu der hier auch Arbeitssuche und Wegezeiten gezählt werden) kehrt sich das Verhältnis um (Frauen: 12 Stunden, Männer: 22 ½ Stunden)“.
 56. Eigene Berechnung nach Angaben von <http://www.gehaltsvergleich.com>.
 57. Visionen einer Arbeitswelt mit reduzierter Wochenarbeitszeit zeichnen z.B. Niko Paech in dem Buch „Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie“, Frigga Haug in „Die Vier-in-einem-Perspektive“ und die New Economics Foundation in dem Paper „21 hours“. Auch das Konzeptwerk Neue Ökonomie publiziert im Herbst 2013 dazu unter dem Titel „Zeitwohlstand“.
 58. „Die Einführung einer Grundsicherung für Arbeitssuchende durch Hartz IV mit Wirkung zum 1. Januar 2005 gilt als eine besonders einschneidende und gravierende Sozialreform. [...] Mit Hartz IV wurden darüber hinaus die Zumutbarkeitsregeln zur Annahme einer Erwerbsarbeit deutlich erhöht. [...] Die zumindest implizite Favorisierung von Einstiegsjobs im gering entlohnten Bereich im Rahmen von Hartz IV stellt einen Bruch mit einer bisher auf Qualifizierung ausgerichteten Arbeitsmarktpo-

- litik dar, die das Ziel hatte, keine allzu großen Lohnkürzungen zuzulassen.“ Winker 2007: S. 28f.
59. Die strukturelle Abwertung von Care-Arbeit wurde in vielen Arbeiten der feministischen Ökonomiekritik herausgearbeitet. vgl. hierzu Biesecker 2000, Federici 2012, Winker 2007.
60. So schreiben Sachverständige der Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum Lebensqualität“ in einem Änderungsantrag zum Abschlussbericht: „Austeritätspolitische Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Pflege setzen implizit voraus, dass reproduktive Tätigkeiten privat finanziert oder innerhalb von familiären Zusammenhängen (und damit unbezahlt und meistens von Frauen) übernommen werden. Damit werden Familien zu einer Art gesellschaftlichen Stabilisierungsreserve vor allem in der Krise, was mit der impliziten Annahme über eine vermeintlich unendliche Belastbarkeit der „Ressource“ Familie verbunden ist. [...] Zudem werden damit „Krisenkosten“ auf sozial schwache und wenig organisierte Akteure verlagert. „In den Krisenstaaten der Euro-Zone beobachten Gesundheitsexperten katastrophale Folgen der rigiden Sparpolitik: Die beschere den Ländern nicht nur eine wirtschaftliche Rezession, sondern sei auch mitverantwortlich für eine drastische Verschlechterung des Gesundheitszustands der Bürger.“
61. Diese finden bislang nur alle 10 Jahre statt.
62. In der Enquetekommission ging es in der Projektgruppe 2 auch um die „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikators“. Das Dilemma, Indikatoren zu finden, die einerseits den Begriff des Wohlstands in seiner Komplexität erfassen, andererseits aber intuitiv und allgemein verständlich sind, wurde dabei hinsichtlich ersterem aufgelöst. Das Ergebnis ist ein „Dashboard“ aus 10 Leitindikatoren, 9 Warnlampen und einer Hinweislampe – eine Gewichtung dieser oder gar eine Zusammenfassung in eine Größe fehlt. Die 10 Leitindikatoren sind: Bruttoinlandsprodukt (BIP pro Kopf), Einkommensverteilung (nach oberen und unteren Einkommensgruppen), Staatsschulden (Schuldenstandsquote), Treibhausgase (nationale Emissionen), Stickstoff (nationaler Überschuss), Artenvielfalt (nationaler Vogelindex), Beschäftigung (Beschäftigungsquote), Bildung (Sekundarabschluss-II-Quote), Gesundheit (Lebenserwartung) und Freiheit (Weltbank-Indikator „Mitsprache und Verantwortlichkeit“). Nicht monetäre Arbeit ist damit nicht abgebildet.
63. FÖS 2010: S. 22f.; FÖS 2013: S. 4f.
64. UBA 2010: S. 3.
65. Flugzeuge sind noch immer das am stärksten sozial trennende Fortbewegungsmittel und ihre Nutzung stark vom Einkommen abhängig – 50% der Deutschen sind noch nie geflogen, nur 5% der Weltbevölkerung tun dies überhaupt. FÖS 2010.
66. Die Veränderung der aktuellen Dienst- und Firmenwagenbesteuerung wäre nicht nur eine ökologisch sondern auch sozial sinnvoll Maßnahmen. Denn „Von der deutschen Firmenwagenbesteuerung profitieren diejenigen am meisten, die am weitesten fahren, den höchsten absoluten und relativen Privatanteil aufweisen, die teuersten und neuesten Fahrzeuge nutzen, den verschwenderischsten Fahrstil aufweisen und den höchsten Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer haben. Die aktuellen Regelungen fördern die Klimaschädlichkeit des Verkehrs und führen dazu, dass die Gemeinschaft der Steuerzahler das Privatvergnügen Einzelner mitfinanziert.“ (FÖS 2010).
67. BMAS 2013: S. XII.
68. www.attac.de/umverteilen
69. https://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische_informationen/data/Wirtschaftspolitische-Informationen-5-2012.pdf
70. www.appell-vermoegensabgabe.de
71. www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/kurzfassung_memorandum_2012.pdf
72. Die Linke 2013.
73. Bündnis 90/ Die Grünen 2013.
74. SPD 2013: S. 67f.

75. Umfairteilen 2013 b).
76. Bach 2012.
77. Dazu gab es auch einen Aufruf von zwei deutschen Abgeordneten des Europaparlaments: Brantner/ Albrecht 2012.
78. Franzius / Preuß 2012: S. 39 ff.
79. Lobbycontrol 2012: S.7 ff.
80. Ebd., S. 49; Felber 2012: S. 146f.; Diese Vorschläge sind auch leicht auf die Mitgliedsstaaten übertragbar. Der vorhandene Verhaltenskodex für Mitglieder der Europäischen Kommission ist nicht ausreichend.
81. Sprich zwischen konstituierender und konstituierter Gewalt.
82. Das Zustandekommen des jetzt gültigen Lissabonvertrages, ursprünglich als EU-Verfassung gedacht, ist zutiefst undemokratisch. Zunächst hatten im Konvent, der die europäische Verfassung entwickelt hat, nicht die Mitglieder, sondern das Präsidium, welches aus drei Regierungsvertretern (und ehemaligen Regierungsmitgliedern) bestand, das Sagen. Als die Verfassung 2005 durch Referenden in Niederlande und Frankreich abgelehnt wurden, wurde sie einfach leicht modifiziert und als „Lissabonvertrag“ neu aufgelegt. Dafür war keine Zustimmung durch Referenden mehr nötig – außer in Irland. Hier wurde das erste Referendum, welches dem Vertrag nicht zustimmte, nicht anerkannt und nochmal abgestimmt – mit dem gewünschten Erfolg. Seit Dezember 2010 ist der Lissabonvertrag in Kraft – als Verfassung kann er nach diesem Vorgehen nicht bezeichnet werden. Siehe dazu auch Felber 2012: S. 129ff.
83. Für Ideen bzgl. des Umbaus der EU siehe auch: Felber 2012: S. 129 ff.
84. Beispiele für sozial-ökologische Aktivitäten bei: Schulmeister 2012.

Literatur

Appell Vermögensabgabe, www.appell-vermoegensabgabe.de

Attac (2009): Wir zahlen nicht für eure Krise!, <http://www.attac.de/aktuell/finanzmarktkrise/>

Bach, Stefan (2012): Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen ein Europa, DIW Wochenbericht Nr. 28 2012, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.405701.de/12-28-1.pdf

Bertelsmann Stiftung (2013): Deutschland profitiert vom Euro, www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-3D70310B-5D6B3D30/bst/hs.xsl/nachrichten_116155.htm

Biesecker, Adelheid (2000): Kooperative Vielfalt und das Ganze der Arbeit: Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, Paper der Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, No. P00-504, www.econstor.eu/bitstream/10419/50298/1/311841341.pdf

BMAS (2013): Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales)

BMU (2012): Erneuerbare Energien in Zahlen 2012, <http://www.bmu.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/erneuerbare-energien-in-zahlen/>

BPB (2012): Binnenhandel der EU, www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70552/binnenhandel-der-eu-27

Brantner, Franziska / Albrecht, Jan Philipp (2012): Tschüss, Deutschland?, taz Kommentar vom 5.7.2012, www.taz.de/!96742/

Bündnis 90/ Die Grünen (2013): Grünes Wahlprogramm 2013, www.gruene.de/partei/gruenes-wahlprogramm-2013.html

Anselmann, Christina / Krämer, Hagen (2012): Denn wer da hat, dem wird gegeben (- Spitzeneinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland), WISO direkt, September 2012, www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/41500_41516.htm

CIA World Factbook (2013): Public Dept, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2186.html>

Destatis (2013): Anteil EU-Handel am gesamten deutschen Außenhandel, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Handelskennzahlen/Tabellen/AnteilEUHandel.html>

Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Arbeitshetze - Arbeitsintensivierung – Entgrenzung, Berlin: DGB, www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen/data/arbeitsshetze_arbeitsintensivierung_entgrenzung_-_ergebnisse_der_repraesentativumfrage_2011.pdf

Die Linke (2013): Leitantrag Wahlprogramm 2013, www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf

DIW (2012): Vermögensteuer, www.diw.de/de/diw_01.c.412762.de/presse_glossar_nbsp_nbsp_nbsp_nbsp/diw_glossar/vermoegensteuer.html

Die Presse (2012): EU: Banken erhielten 1,6 Billionen €, diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/1326710/EU_Banken-erhielten-16-Billionen-

Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages (2013): Abschlussbericht, elektronische Vorabfassung

- EU-Info (2013): Deutschland hat schwächste Reallohn-Entwicklung in der EU, www.eu-info.de/deutsche-europapolitik/umfragen-statistiken-deutschland/reallohn/
- Euraktiv (2013): Rückschritte bei geplanter Börsensteuer, 30.5.2013 <http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/rueckschritte-bei-geplanter-boersensteuer-007587>
- European Central Bank (2013): Eurosystem Household Finance and Consumption Network, Statistics paper series Nr. 2, April 2013; www.ecb.int/pub/scientific/stats/html/index.en.html
- Eurostat (2013b): Gini coefficient 1995-2012, epp.eurostat.ec.europa.eu/
- Federici, Silvia (2012): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. edition assemblage
- Felber, Christian (2012): Retten wir den Euro!, bpb
- Flassbeck Heiner (2013): Produktivität und Löhne pro Stunde – worum es innerhalb und außerhalb einer Währungsunion geht, www.flassbeck-economics.de/produktivitaet-und-loehne-pro-stunde-worum-es-innerhalb-und-ausserhalb-einer-waehrungsunion-geht/
- Format (2012): Fünf Jahre Krise – eine Chronologie des Wahnsinns ..., www.format.at/articles/1304/941/351159/fuenf-jahre-krise-chronologie-wahnsinns
- FÖS (2010): Ökologisch-soziale Finanzreform
- FÖS (2013): Zuordnung der Steuern und Abgaben auf die Faktoren Arbeit, Kapital, Umwelt
- FÖS / HBS (2010): Nachhaltig aus der Krise, Ökologische Finanzreform als Beitrag zur Gegenfinanzierung des Krisendefizit
- Franzius, Claudio / Preuß, Ulrich K. (2012): The Future of European Democracy, Heinrich Böll Stiftung Publication Series on Europe, Vol. 7
- German Foreign Policy (2013): Am deutschen Wesen, www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58593, 06.05.2013
- Giegold, Sven (2013): Bankenunion: Durchbruch zu gemeinsamer Bankenaufsicht, <http://www.sven-giegold.de/wp-content/uploads/2013/03/2013-3-19-Bankenunion-Hintergrundpapier-Sven-Giegold.pdf>
- Hans-Böckler-Stiftung (2013): Reallöhne niedriger als im Jahr 2000, Böckler Impuls Ausgabe 02/2013, www.boeckler.de/42128_42150.htm
- Hauf, Stefan (2012): Mit Augenmaß durch die Krise: Produktivität und Lohnkosten im Blick, Destatis 2012, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/2012_04/2012_04ProduktivitaetLohnkosten.html
- Haug, Frigga (2001): Die Vier-in-einem-Perspektive: Politik von Frauen für eine neue Linke, Argumente Verlag
- Heissmann, Günther (2011): Steuerzahler in der Krise, Schockwellen im Bankensystem, www.sueddeutsche.de/geld/steuerzahler-in-der-krise-was-die-rettung-der-banken-kostet-1.1158138
- Herrmann, Ulrike (2010): Hurra, wir dürfen zahlen
- Herrmann, Ulrike (2012): Das Gesetz der Wall Street, Le Monde diplomatique Nr. 9982 vom 14.12.2012
- Lanchester, John (2011): Euroland – bezahlt wird doch, Le Monde Diplomatique Aug. 2011

Linke im Bundestag (2011): Staatschuldenkrise und Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand, eine Alternative zur Politik der leeren Kasse

Nef (2010): 21 hours. Why a shorter working week can help us all to flourish in the 21st century, dnwssx4l7gl7s.cloudfront.net/nefoundation/default/page/-/files/21_Hours.pdf

Nef (2013a): A new macroeconomic strategy, www.neweconomics.org/publications/entry/why-we-need-a-new-macroeconomic-strategy

Nef (2013b): Stakeholder Banks, www.neweconomics.org/publications/entry/stakeholder-banks

Neues Deutschland (1997): Gewerbekapitalsteuer, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/671753.gewerbekapitalsteuer.html>

Passadakis, Alexis (2012): Weniger Europa ist mehr, taz Kommentar vom 29.3.12, www.taz.de/!90571/

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, oekom Verlag

Rockström et al. (2009): A safe operating space for humanity', Nature 461, 472-475 (24 September 2009)

Schulmeister, Stefan (2012): Statt Sparen, Le Monde Diplomatique Nov. 2011, S. 1/12f.

SPD (2013): Regierungsprogramm 2013-2017, www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

Statistisches Bundesamt (2003): Wo bleibt die Zeit

Statistisches Bundesamt (2012): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland - Daten zum Indikatorenbericht 2012

Taz (2013): Das arbeitslose Europa, 3.4.2013

Umfairteilen (2013):

- a) Fakten Arm-Reich
- b) Fakten Konzepte
- c) Fakten Finanznot

Umweltbundesamt (UBA) (2010): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland

Winker, Gabriele (2007): Traditionelle Geschlechterordnung unter neoliberalen Druck

Winker, Gabriele (2012): Erschöpfung des Sozialen, In: LuXemburg 4/2012.

WWF (2012): Living Planet Report

Zeit Online (2012): Armutsbericht: Deutschlands Reiche werden immer reicher www.zeit.de/wirtschaft/2012-09/armuts-und-reichtumsbericht-2012/komplettansicht



Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V.
Alte Handelsschule
Gießerstr. 75
04229 Leipzig

Spendenkonto:
Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V.
Konto: 1137208800
BLZ: 43060967 (GLS Bank)

Kontakt:
email: info [at] knoe.org
Telefon: 0341/39281686
web: www.knoe.org